

Demografie-Konzept Hamburg 2030: Mehr. Älter. Vielfältiger.

Dokumentation der Auftaktveranstaltung zur
Diskussion des Demografie-Konzeptes im Körper-
Forum am 11. September 2014

Programm	3
Eröffnung durch den Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Herrn Olaf Scholz	4
Begrüßung durch Herrn Dr. Lothar Dittmer, Mitglied des Vorstandes der Körber- Stiftung	8
Impulsvortrag durch Frau Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks, Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz	10
Impulsvortrag durch Herrn Dr. Reiner Klingholz, Direktor des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung	16
Ergebnisse der Workshops	23
Workshop 1: Gesundheit und Pflege 2030	23
Workshop 2: Arbeitswelt 2030	32
Workshop 3: Demografische Entwicklung – Perspektiven für die Wirtschaft 2030	37
Workshop 4: Wohnen im Quartier 2030	46
Workshop 5: Bildung 2030	50
Abschlussstatement durch Frau Staatsrätin Elke Badde, Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz	58
Kurzbeschreibung der Rednerinnen/Redner und Referentinnen/Referenten	62
Teilnehmerliste	65



Durch das Programm führt Frau Karin Haist, Körber-Stiftung

- 8.30 Uhr Eintreffen der Teilnehmer und Teilnehmerinnen
- 9.00 Uhr Eröffnung durch den Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Herrn Olaf Scholz
- 9.10 Uhr Begrüßung durch Herrn Dr. Lothar Dittmer, Mitglied des Vorstandes der Körber-Stiftung
- 9.20 Uhr Impulsvortrag durch Frau Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks, Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
- 10.05 Uhr Impulsvortrag durch Herrn Dr. Reiner Klingholz, Direktor des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung
- 10.50 Uhr Kaffeepause
- 11.15 Uhr Workshops 1 – 3
- 1. Gesundheit und Pflege 2030**
Impulse von Herrn Prof. Dr. Uwe Koch-Gromus, Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf und
Herrn Dr. Matthias Gruhl, Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
- 2. Arbeitswelt 2030**
Einführung von Frau Karin Haist, Körber-Stiftung,
Impulse von Frau Katja Karger, Deutscher Gewerkschaftsbund und
Frau Dr. Leena Pundt, Otto Group
- 3. Demografische Entwicklung – Perspektiven für die Wirtschaft 2030**
Impulse von Herrn Prof. Dr. Alkis Henri Otto, Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut und
Herrn Dr. Dirck Süß, Handelskammer Hamburg
- 12.30 Uhr „Blitzlicht“ aus den Workshops 1 – 3
- 13.00 Uhr Mittagspause
- 14.00 Uhr Workshops 4 und 5
- 4. Wohnen im Quartier 2030**
Impulse von Herrn Prof. Dipl.-Ing. Jörn Walter, Oberbaudirektor der Freien und Hansestadt Hamburg und
Herrn Willi Hoppenstedt, SAGA / GWG
- 5. Bildung 2030**
Impulse von Herrn Thomas Schröder-Kamprad, Behörde für Schule und Berufsbildung und
Herrn Dr. Uwe Heinrichs, Behörde für Schule und Berufsbildung
- 15.15 Uhr „Blitzlicht“ aus den Workshops 4 und 5
- 15.45 Uhr Abschlussstatement durch Frau Staatsrätin Elke Badde, Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Eröffnung durch den Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Herrn Olaf Scholz

Sehr geehrter Herr Dr. Dittmer,
sehr geehrte Frau Haist,
sehr geehrter Herr Dr. Klingholz,
sehr geehrter Herr Vizepräsident der
Hamburgischen Bürgerschaft,
meine Damen und Herren,

sehr gern eröffne ich heute diese
wichtige Veranstaltung zu einem großen
Thema und begrüße Sie alle sehr
herzlich. Ein „großes“ Thema, das war
jetzt nicht so dahingesagt, sondern ich
will damit anknüpfen an das große Wort:

„Demografiekonzept“... und das Wagnis, das damit verknüpft ist, wenn man ein
umfangreiches Papier mit diesem Titel vorlegt, wie es die Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks
im März getan hat. Und dabei ausdrücklich das Jahr 2030 anpeilt. Ihr und allen Mitwirkenden
gebührt dafür der Dank des Senats und der ganzen Stadt.



Kann man „konzipieren“, wie sich die Bevölkerung in einer Region, in einem Land entwickelt?
Wie sie wächst oder auch nicht? Wohin es Männer, Frauen, Kinder, Familien, Singles zieht?
Im Großen und Ganzen kann man es nicht, denn es zieht sie immer dorthin, wo sie die besten
Chancen für sich sehen, auf ein auskömmliches, selbstbestimmtes, glückliches Leben. Das ist
auf der ganzen Welt so, zunehmend auch innerhalb Europas, in diesem Kontinent, der ja so
groß nicht ist, dessen Binnengrenzen – auch die kulturellen, sprachlichen, ebenso wie die des
Arbeitsmarktes – mehr und mehr verblassen.

Viele zieht genau diese Hoffnung – auf ein auskömmliches, selbstbestimmtes, glückliches
Leben – auch nach Europa, über natürliche und künstliche Grenzen hinweg. Also ganz anders
als im 19., auch noch 20. Jahrhundert, als viele europäische Auswanderer, auch viele
Deutsche, bessere Chancen in Übersee für sich suchen und finden mussten. Möglicherweise
wird der Anteil der Arbeitsmigranten – besser gesagt: derer, die es aus guten Gründen
anstreben, in Europa zu arbeiten – mittel- und langfristig höher sein als der Anteil derjenigen,
die unterwegs sind, um vor politischer Verfolgung oder Krieg zu flüchten. Die jetzt aktuelle
Situation ist, wie wir wissen, eine bedrückend andere, auch hier in Hamburg. Trotzdem sage
ich gerade auch im heutigen Zusammenhang: Es ist wichtig, sich Gedanken über regelhafte
Zuwanderungsmöglichkeiten zu machen. Die Perspektiven einer legalen Zuwanderung
müssen so sein, dass sie die europäischen Arbeitsmärkte nicht überfordern. Gleichzeitig muss
sie attraktiv genug sein, um die Zahl derjenigen deutlich zu vermindern, die lebensgefährliche
Wege beschreiten, um nach Europa zu kommen. Das, meine Damen und Herren, war gleich
zu Beginn ein großer gedanklicher Bogen, aber ich glaube der ist notwendig, wenn man die
Frage nach dem Konzept seriös beantworten will. Ich habe eben gesagt: Im Großen und
Ganzen kann man die Entwicklung und Mobilität der Bevölkerung nicht „konzipieren“.

Allerdings mit der folgenden Einschränkung: Die Wissenschaft von der Demografie kann heute viel, und mein Respekt vor denjenigen, die einschlägige Statistiken führen, interpretieren und Prognosen daraus ableiten, ist hoch.

Verstanden habe ich die Demografen so, dass sich – auf Deutschland bezogen – die künftige Bevölkerungszahl wie auch deren altersmäßige Zusammensetzung in zehn, zwanzig, dreißig und mehr Jahren ziemlich exakt voraussagen ließe – wenn das Ganze unter einer Glasglocke stattfände. Wenn die jetzt in Deutschland Lebenden allein zuständig wären für die – im statistischen Fachjargon – „Fortschreibung“ ihrer gut 81 Millionen starken Community.

Dann wäre es mit Hilfe der heutigen Rechnergeneration einfach, denn man weiß, wie viele Frauen welchen jetzigen Alters und welchen Kulturkreises wie viele Komma wie viele Kinder bekommen werden. Man weiß auch, wie viele der jetzt in Deutschland Lebenden bis wann gestorben sein werden. Und, daraus zu kombinieren, wie sich im Laufe der Zeit die Alterspyramide entwickelt, wohlgedenkt: der jetzt in Deutschland Lebenden. Man weiß das alles sehr genau, immer vorausgesetzt, es ist uns eine friedliche Zukunft ohne solche Katastrophen wie im 20. Jahrhundert vergönnt. Doch es werden uns ja auch Männer, Frauen, Kinder, die jetzt in Deutschland leben, verlassen, und es werden andere einwandern. Und weil das die beiden – im statistischen Fachjargon – Parameter sind, die sich nur vage vorhersehen und nur sehr bedingt steuern lassen, ist genau da der Unsicherheitsfaktor, der die Rechnung und die Prognosen schwierig macht. Wobei wir aus den Erfahrungen anderer Forschungszweige vielleicht lernen sollten, lieber von „Szenarien“ oder „Korridoren“ zu sprechen als von Prognosen. Was wir aber wissen, weil wir es jetzt erleben und weil gewöhnliche Alltagslogik ausreicht, um es auch als Zukunftsszenario zu sehen, ist: dass Bewegung, auch im Sinne von Migration, ganz selbstverständlich zur heutigen und künftigen Welt, zu Europa, zu Deutschland und zu Hamburg gehört. Überall auf der Welt gilt dabei zweierlei. Erstens sind es die jungen Leute, die mobil sind, die den Lebensmittelpunkt dahin verlegen, wohin zu gehen attraktiv ist. Zweitens sind es überall in der Welt, keineswegs nur in den Entwicklungs- und Schwellenländern, die Städte, von denen die große Anziehungskraft ausgeht. Eine aktuelle Untersuchung der Europäischen Kommission hat ergeben, dass derzeit ungefähr 72 Prozent der Einwohner in Städten und Vorstädten leben, das sind knapp 360 Millionen, wohlgedenkt nur in der EU. Die „Landflucht“, wenn man sie so nennen will, habe sich zwar verlangsamt, dennoch könne man von mehr als 80 Prozent städtischer Bevölkerung bis 2050 ausgehen.

Dabei geht es nicht nur um große, sondern auch mittlere und kleine Städte. Trotzdem ist es gerade in Deutschland offensichtlich, dass im scharfen Kontrast zu den ländlichen Räumen, und zur Bundesrepublik insgesamt, die großen Städte und ihre Metropolregionen wachsen und dass das auch seine Logik hat, eine letztlich simple Logik, die sich daraus ergibt, dass in den großen Städten der „pursuit of happiness“ die besten Aussichten hat. Nicht weil die mit Gold gepflastert wären, wohl aber mit erfüllbaren Hoffnungen. Damit bin ich bei Hamburg, meine Damen und Herren. Denn diese Stadt sagt „ja“ zur Veränderung, zum Wachstum und dazu, eine Hoffnungs- und Ankunftsstadt zu sein.

Städte – das betone ich immer wieder und nenne Hamburg als eines der besten Beispiele – sind Standorte für Innovation in einem ganz umfassenden Sinn, nicht nur für Bildung, Wissenschaft und Forschung; das sowieso und in Hamburg – empirisch belegt – auch mittels Ausgaben für jeden einzelnen Studenten an Hamburgs Hochschulen, die jene in Bayern oder Baden-Württemberg weit übertreffen. Das war jetzt nur eine Randbemerkung. Was ich eigentlich meine, ist die innovative Qualität des zusammen Lebens, Arbeitens, Forschens, Wirtschaftens, Kommunizierens, die Städten eigen ist. Städte sind, im Zusammenwirken mit

ihren Metropolregionen, Versorgungszentren – und, was das betrifft, übrigens auch Rollenmodelle für umweltverträgliches Wirtschaften und Konsumieren. Nicht auf allen Feldern – sie sind im Zentrum nicht leise und keine Luftkurorte –, aber wer mit seinem, in ländlicher Umgebung vielleicht nützlichen, Sports Utility Vehicle ins Parkhaus Große Bleichen fährt, wird die urbanen Transportmittel Bus und U-Bahn auf Dauer vielleicht attraktiver finden. Das muss man ja mitdenken und mitsagen, wenn es heißt: Städte nehmen nur soundsoviel Prozent der Fläche ein, erzeugen aber ein Vielfaches an CO₂. Man muss dagegedenken und dagegen sagen, dass sie Stadt und Land versorgen und man auch hier nach dem Verursacherprinzip rechnen sollte.

Meine Damen und Herren,

Stadtleben ist „in“. Knapp 1,8 Millionen, das ist heute in etwa die Zahl der Einwohner und Einwohnerinnen Hamburgs. Ich will ihnen eine weitere Zahl nennen: 1,57 Millionen und ein bisschen. Das war die Bevölkerungszahl 1986. Damals gab es Banken, die ihren Kunden rieten, sich lieber ein Haus im Alten Land zu kaufen als eine Mietskaserne aus dem 19. Jahrhundert am Großneumarkt. Es war der Höhepunkt der Suburbanisierungswelle, und die hat damals den Kanal freigespült für die täglichen Pendlerströme, in denen sich in Hamburg heute jede und jeder Dritte Beschäftigte zweimal täglich bewegt wie ein Fisch in der Reuse. Warum? Weil sich die Stadt viel zu lange als „closed shop“ verstanden hat, die zwar Arbeit bietet, aber keinen Platz zum Wohnen und Leben. Das machen wir jetzt anders, weil wir erkannt haben, dass „Infrastruktur“ in einem viel umfassenderen Sinn bereitstehen muss, als wir gemeinhin unter diesen Begriff gefasst haben. Dass da ein großer Bogen zu schlagen ist, vom ganztägigen Kita-, Schul- und überhaupt Bildungsangebot über die Modernisierung großer Teile des öffentlichen Verkehrs. Und natürlich bis hin zu einem guten, einem in Umfang und Qualität möglichst bald sehr guten Angebot an bezahlbarem Wohnraum. Meine Damen und Herren, die Prognosen – nein, die Szenarien und Korridore besagen, dass es in den 30er Jahren dieses Jahrhunderts mehr als 1,9 Millionen Hamburger und Hamburgerinnen geben wird, vielleicht sogar mehr als zwei Millionen. Darauf müssen wir uns nicht nur vorbereiten, sondern darauf wollen wir uns vorbereiten, aus Überzeugung und weil Hamburg vielerlei Wachstum braucht, auch das an Einwohnern, an aktiven Teilnehmern an dem Konzept „Zusammenleben in der Stadt“.

Das scheint mir der tiefere Sinn hinter dem Erarbeiten eines „Demografiekonzeptes“ zu sein.

Hingegen nicht so sehr die Frage, die ja manchmal als bange Frage gestellt wird: Wie alt werden wir? Alt werden wir hoffentlich alle, und gut beieinander werden wir hoffentlich bleiben. Ist es nicht eine überaus positive, eine ganz wunderbare Entwicklung, dass immer mehr Frauen und Männer ein höheres Lebensalter erreichen als in früheren Generationen? Allerdings folgt daraus, dass wir vorausschauend daran mitwirken müssen: dass immer mehr Hamburgerinnen und Hamburger immer länger selbständig und eigenverantwortlich wohnen, am sozialen Leben teilnehmen, ihre Erfahrungen und Kenntnisse weitergeben können – und die Möglichkeit haben müssen, es zu tun. Auch bei nachlassender Mobilität. Darauf wird sich Hamburg einstellen, zum Beispiel indem es die sich abzeichnenden Möglichkeiten einer „smart care“ koordiniert weiter entwickelt. Wir wollen ein Modellstandort und Versorgungszentrum für Telemedizin werden mit dem Ziel, dies konkret und großflächig einzusetzen, das heißt: auch zum Nutzen entlegenerer Orte in der Metropol- und überhaupt norddeutschen Region.

Es geht uns also auch um die älter werdende Generation, aber nicht aus dem Zusammenhang isoliert. Wir wollen, dass junge Familien genauso gern in Hamburg wohnen und arbeiten, wie Alte oder „Ältere“. Wenn wir den demografischen Wandel richtig gestalten,

entsteht genau daraus ein Gewinn für die ganze Stadt. Das ist dann unsere „demografische Rendite“. Dieser Begriff wird zuweilen benutzt, wenn von abnehmenden Schüler-, Studenten- oder Erwerbstätigenzahlen die Rede ist. Wir benutzen ihn umgekehrt. Wir werden für unsere demografische Rendite arbeiten, indem wir darauf hinwirken, dass viel mehr gut ausgebildete, optimistische Stadtbewohner, für die und deren Familien das urbane Leben attraktiv ist, mit anpacken und die Voraussetzung dafür schaffen, dass auch die Alten hier gut leben können. Auch dafür muss eine Ankunftsstadt viel mehr auf das Thema Bildung sehen! In Hamburg beträgt der Anteil der Bevölkerung mit Zuwanderungsgeschichte gut ein Viertel, das ist der höchste Anteil aller Bundesländer. Hamburg, ich wiederhole es, begrüßt und fördert Zuwanderung und Hamburg weiß: Voraussetzung für zukunftsfähiges urbanes Wachstum ist eine erstklassige Schul- und Ausbildungslandschaft. Unabhängig vom Elternhaus müssen alle Kinder und Jugendlichen eine ausreichende Bildung erwerben können. Das erfordert Krippen, Kitas, Grundschulen mit kleinen Klassen; ferner Gymnasien und Stadtteilschulen, die beide zum Abitur führen können. Und eine Ganztagsbetreuung von der Kita bis zum Abitur.

Weil die Vielfalt der kulturellen Hintergründe und Lebenslagen in Hamburg größer wird, brauchen wir eine Strategie zum Umgang mit den Chancen und Herausforderungen demografischer Veränderungen. Wir brauchen dabei auch den Blick über den Tellerrand von Legislaturperioden oder Behördenzuständigkeiten hinaus, damit Hamburg langfristig attraktiv bleiben kann: für Familien mit Kindern, für junge Leute in der Ausbildungs- und Berufseinstiegsphase, wie auch für Fachkräfte und für Senioren. Das sind die ab 40, in manchen Sportarten. Aber gerade Sportler wissen: Mit zunehmendem Alter nimmt vielleicht die Kondition ab, aber nicht die taktische Disziplin und schon gar nicht der Ehrgeiz. Am allerwenigsten das Recht, sich lautstark einzubringen, wenn über „passives Abseits“ diskutiert wird. Da sollte in Hamburg niemand stehen. Ich hoffe auf die aktive Teilnahme aller jungen und alten Stadtbewohner am Gestalten, Pflegen, Abkreiden und Beackern des Spielfeldes „Hamburg“.

Verbunden sind wir der Körber-Stiftung für das engagierte Mitorganisieren und Mitgestalten der heutigen Eröffnung. Vielen Dank.



Begrüßung durch Herrn Dr. Lothar Dittmer, Mitglied des Vorstandes der Körber-Stiftung

Landläufig wird der demografische Wandel weiterhin mehr als Bedrohung denn als Chance verstanden und ist entsprechend auch lange ein eher ungeliebtes und vielleicht sogar lästiges Arbeitsfeld gewesen. Und er bringt zweifellos Herausforderungen mit sich, wie etwa die Frage, wie die Stadt der Zukunft mit dem wachsenden Anteil älterer Bürgerinnen und Bürger umgeht. Aber wir in der Körber-Stiftung glauben: Die Alterung der Gesellschaft und der demografischer Wandel sind gestaltbar – wir brauchen dazu Lösungsideen und wir brauchen einen Perspektivwechsel. Der demografische Wandel ist kein Schicksalsschlag, sondern die Aufforderung, das Zusammenleben neu zu denken und auch die Chancen des Wandels zu nutzen. Es geht darum, die politischen und gesellschaftlichen Leitplanken für die Bewältigung der demografischen Herausforderung festzulegen. Genau diese hat Hamburg mit seinem Demografie-Konzept vorgelegt.



Dieses Konzept ist nicht nur der Ausweis, dass eine zukunftsorientierte Stadt einen demografischen Plan entwickelt, sondern es zeigt auch: Der demografische Wandel spielt in der Kommune, hier müssen die Weichen gestellt sein für seine Bewältigung. Der Bitte, die Auftaktveranstaltung zum Demografie-Konzept Hamburg 2030 gemeinsam mit der Körber-Stiftung im KörperForum durchzuführen, sind wir deshalb gern gefolgt. Auch uns beschäftigt nämlich seit langem die Frage, wie wir in Zukunft leben werden: in Städten, die älter und bunter werden.

„Wo bleiben die alten Menschen in der Leistungsgesellschaft?“ lautete der Titel eines Symposiums schon 1972. Es war für unseren Stifter Kurt A. Körber der Einstieg, sich selbst für das Thema Alter und den demografischen Wandel zu interessieren. Das Ergebnis war wenige Jahre später der Bau eines Modellprojekts, das bis heute von der Körber-Stiftung betrieben wird. Seit mittlerweile fast 40 Jahren gibt es nun schon das BegegnungsCentrum „Haus im Park“ in Bergedorf, das Älteren einen öffentlichen Raum gibt für Lernen, soziale Begegnung, gesundheitliche Prävention, kreatives Tun und bürgerschaftliches Engagement. Seit einigen Jahren führen wir zudem Symposien für Entscheidungsträger aus Kommunen, Politik, Verbänden, Wissenschaft und Zivilgesellschaft durch, in denen internationale Erfahrungen und Modelle für die Gestaltung der Alternden Gesellschaft vorgestellt werden. Ergänzt wird diese Arbeit durch unser Netzwerk „Demografiefeste Kommunen“, in dem sich Vertreter deutscher Städte regelmäßig zum Austausch treffen. Natürlich wollen wir auch Daten und Fakten für die politische Debatte über den demografischen Wandel liefern. Mit der gemeinsamen Studie der Körber-Stiftung und des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung, Titel „Stadt für alle Lebensalter“, zeigen wir aktuell, wo die deutschen Kommunen im demografischen Wandel stehen, warum und wie sie altersfreundlich werden müssen. Auch damit wollen wir die Kommunen in Deutschland dazu ermutigen, sich aktiv auf den Weg zu begeben, um ein „Ort für alle Lebensalter zu werden“.

Hamburg hat sich längst auf diesen Weg gemacht. Das Demografie-Konzept bildet die Grundlage für konkrete Maßnahmen und eine Beteiligung von Experten, Entscheidungsträgern und Bürgern. Die Körber-Stiftung unterstützt den Prozess, den die Stadt damit angestoßen hat, und freut sich darauf, auch zukünftig gemeinsam über die demografische Zukunft der Hansestadt nachzudenken.



Impulsvortrag durch Frau Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks, Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrter Herr Dr. Dittmer,
sehr geehrte Frau Haist,
sehr geehrter Herr Dr. Klingholz,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich sehr, dass wir heute in den Räumen der Körber-Stiftung die Gelegenheit haben, mit Ihnen das Demografie-Konzept „Hamburg 2030: Mehr. Älter. Vielfältiger.“ zu diskutieren. Besonders freue ich mich, dass es uns gelungen ist, mit der Körber-Stiftung eine kompetente Partnerin für dieses wichtige Zukunftsthema zu gewinnen. Die Körber-Stiftung ist für ihre inspirierenden und zukunftsweisenden Impulse gerade auch im Zusammenhang mit einer älter werdenden Gesellschaft bekannt. Für die Mitorganisation und Mitgestaltung der heutigen Veranstaltung danke ich der Körber-Stiftung sehr herzlich.



Ich möchte Sie heute einladen etwas zu tun, was im politischen Alltagsgeschäft manchmal zu kurz kommt – übrigens gerade in der Sozialpolitik: Wir wollen mit Ihnen diskutieren, wie wir unsere Stadt weiterentwickeln wollen, um auch morgen Lebensqualität, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Stärke miteinander zu verbinden. Der heutige Tag bildet den Auftakt für einen Diskussionsprozess mit den Hamburgerinnen und Hamburgern zur Frage „Wie wollen wir in 15 Jahren leben“. Wir stellen Ihnen daher heute kein Konzept vor, das wir morgen in ein Gesetz gießen. Mit dem Demografie-Konzept Hamburg 2030 wollen wir vielmehr einen roten Faden beschreiben, an dem sich Gesellschafts-, Sozial- und Wirtschaftspolitik unserer Stadt ausrichten sollen, um die Stadt „demografiefest“ zu machen.

Die Alterung der Gesellschaft ist dabei kein Schicksal, sondern eine politische Gestaltungsaufgabe. Im Gegenteil: Wir sind überzeugt, dass die Bevölkerungsentwicklung für eine Metropole wie Hamburg mehr Chance als Risiko ist. Nicht nur der Zeithorizont der Pläne, auch ihre inhaltliche Breite ist nicht alltäglich in der Politik. Es ist ein Konzept des gesamten Senats – alle Fachbehörden haben an der Entwicklung mitgewirkt. Der Demografie-Plan befasst sich nicht nur mit dem Pflegebedarf einer älter werdenden Gesellschaft, sondern mit der Bevölkerungsentwicklung aller Altersgruppen und ihren Auswirkungen auf alle Politikbereiche. Die Behörde für Gesundheits- und Verbraucherschutz hat dabei die Koordination übernommen. Ich möchte mich bei allen Kolleginnen und Kollegen aus dem Senat und besonders beim ersten Bürgermeister für die Mitarbeit und Unterstützung bedanken.

Meine Damen und Herren,

die recht alte Bevölkerungsvorausberechnung auf der Grundlage der Volkszählung von 1987 prognostiziert für Hamburg ein Bevölkerungswachstum bis 2030 auf rund 1,9 Millionen Einwohner. Aber auch wenn wir uns den neueren – nicht unumstrittenen – Zensus 2011 ansehen, zeigen erste Fortschreibungen ebenfalls beachtliche Bevölkerungszuwächse, insbesondere durch ein positives Zuwanderungssaldo, aber auch erfreuliche Geburtenzahlen. Deshalb steigt in Hamburg der Anteil der Älteren an der Bevölkerung verhältnismäßig langsam. Während bundesweit der Anteil der über 60 Jährigen bereits im Jahr 2012 bei 30 Prozent lag, erreicht Hamburg diesen Wert erst 2030. Anders ausgedrückt: Im Jahr 2030 ist Hamburg noch immer so jung wie die gesamte Bundesrepublik heute. Der Hamburger Senat freut sich nicht nur über diesen Trend, sondern fördert ihn nachdrücklich: Durch eine massive Investition in den Ausbau von Kinderbetreuung und Ganztagsunterricht und die Gebührenfreiheit des Kindergartenplatzes. Familienfreundliche Politik ist eine gute Investition in die Zukunft unserer Stadt. Wir ziehen Familien an, wir ermöglichen ein Leben mit Kindern und Beruf in der Stadt.

Dieser demographische Zeitgewinn ist aber kein Grund, die Entwicklung zu verschlafen. Denn wer z.B. heute Wohnungen baut, baut diese nicht nur für die nächsten 10 Jahre. Mit Altersgerechtem Bauen müssen wir verstärkt sofort beginnen. Und auch in Gesundheit und Pflege müssen wir jetzt die Weichen stellen, denn die Ärztinnen und Ärzte und Pflegekräfte von morgen werden heute ausgebildet.

Nicht nur Anteil Älterer, auch die Vielfalt der Bevölkerung in Hamburg nimmt zu. Heute haben fast 28 % der Hamburgerinnen und Hamburger einen sogenannten Migrationshintergrund, unter den Kindern und Jugendlichen sind es sogar 46 %. Und wir können – auch wenn treffsichere Prognosen kaum möglich sind und von verschiedensten Einflüssen wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Art abhängen – davon ausgehen, dass Hamburg als attraktive Stadt auch weiterhin Menschen aus aller Welt anziehen wird. Diese Entwicklungen unterscheiden Hamburg von vielen Regionen in Deutschland und bilden eine besondere Ausgangslage, die besondere, auf Hamburg zugeschnittene Strategien und Handlungsschwerpunkte verlangt. Diese Entwicklungen teilt Hamburg aber auch mit anderen Metropolregionen und großen Städten, bundesweit wie international. Und dies ist ein weiteres Thema: Wie positioniert Hamburg sich im internationalen Wettbewerb um die klugen Köpfe, um die Studentinnen und Auszubildenden, damit Hamburg zu den Gewinnern des demografischen Wandels gehört?

Meine Damen und Herren,

die Zugehörigkeit Hamburgs zu den künftigen Wachstumsregionen wird entscheidend mit davon abhängen, inwieweit es gelingt, dass die Stadt attraktiv bleibt für die Hamburgerinnen und Hamburger, aber auch für die klugen Köpfe, die ihren Lebensmittelpunkt nach Hamburg verlegen möchten. Wir wollen, dass junge Familien genauso gern hier wohnen und arbeiten, wie Ältere ihren aktiven Lebensabend verbringen. Für Hamburg ist es besonders wichtig, dass junge Menschen in der Familiengründungsphase und Familien mit Kindern in die Stadt ziehen und ihren Lebensmittelpunkt hier dauerhaft finden. Schon heute sind 43 % der Kinder unter 3 Jahren in einer Hamburger Krippe oder bei einer Tagesmutter. 2030 wollen wir alle Kinder ab 2 Jahre durch frühkindliche Bildungsangebote erreichen. An den Hamburger Schulen besteht bereits jetzt ein flächendeckendes Angebot für eine ganztägige Betreuung. Darüber hinaus wird ein modernes und leistungsstarkes Schulsystem immer mehr zum wichtigen

Standortfaktor im Wettbewerb um Familien und zur Ausbildung des künftigen Fachkräftenachwuchses. Daher ist es wichtig, dass wir die hohe Qualität des Hamburger Bildungswesens absichern und weiter ausbauen. Gleichzeitig muss sichergestellt sein, dass jede Schülerin und jeder Schüler einen Schulabschluss macht und einen Ausbildungs- oder Studienplatz bekommt. Wir brauchen sie alle.

Zur Förderung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen haben sich Senat, Handels- und Handwerkskammer zur der „Hamburger Allianz für Familien“ zusammengeschlossen. Künftig wird hier – auch vor dem Hintergrund der zunehmenden Zahl älterer Menschen – die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege von Angehörigen stärker in den Fokus rücken. Dieses Ziel verfolgen wir gemeinsam intensiv mit der Bundesregierung durch die Reform des Pflegezeitgesetzes. Genauso trägt aber eine gute pflegerische Versorgungsstruktur vor Ort zur Entlastung der Angehörigen bei.

Meine Damen und Herren,

auch Wirtschaft und Arbeitsmarkt werden sich an die demografischen Veränderungen anpassen. Insbesondere brauchen wir lebensphasenorientierte Personalentwicklungskonzepte zur Förderung der Potenziale unterschiedlicher Altersgruppen. Denn trotz Zuzugs vor allem jüngerer Menschen werden wir in Hamburg in den nächsten Jahren erhebliche Veränderungen in der altersmäßigen Zusammensetzung der erwerbstätigen Bevölkerung verzeichnen: So wird Prognosen zufolge die Zahl der 21- bis unter 40-Jährigen bis 2030 – um rund 100.000 abnehmen. Hingegen wird die Zahl der 40- bis unter 65-Jährigen deutlich zunehmen – um über 50.000. Sicherung, Ausschöpfung und Qualifikation des Erwerbspersonenpotenzials sind vor diesem Hintergrund wichtige Themen. Weiterbildung für alle Lebensalter und altersgerechte Arbeitsbedingungen werden unverzichtbar.

Meine Damen und Herren,

Bauen und Stadtentwicklung sind Schlüsselthemen für die Gestaltung des demographischen Wandels. Erst einmal ist es natürlich wichtig, überhaupt zu bauen. Als Ankunfts- und Willkommensstadt braucht Hamburg ausreichend attraktiven und bezahlbaren Wohnraum für alle Generationen. Vor diesem Hintergrund verfolgt Hamburg das Ziel, pro Jahr mindestens 6.000 Wohnungen neu zu schaffen, davon ein Drittel gefördert und damit im Preis gebunden.

Der Bezugspunkt für eine moderne, generationenfreundliche Stadtpolitik ist das Quartier. Ob aus eingeschränkter Mobilität oder aus Stress im Berufs- und Familienalltag: Die Hamburgerinnen und Hamburger wollen für Angebote der Daseinsvorsorge, die ihrer Lebenssituation entsprechen, nicht durch die halbe Stadt reisen oder gar umziehen. Sie brauchen die sozialen Dienstleistungen der Daseinsvorsorge im Alltag in ihrem Quartier. Das gilt für eine gute medizinische und pflegerische Versorgung ebenso, wie für Altersgerechtes Wohnen, für eine gute Verkehrsanbindung, für Bildungs- und Kontaktmöglichkeiten, für Freizeitaktivitäten, freiwilliges Engagement und vieles mehr. Die überwiegende Mehrheit wünscht sich, bis ins hohe Alter selbständig und selbstbestimmt im eigenen Lebensumfeld wohnen zu bleiben – auch, wenn eine Pflegebedürftigkeit eintritt. Hamburg soll eine Stadt sein, die hierfür beste Voraussetzungen bietet.

Die alters- und altersgerechte Entwicklung unserer Quartiere bedeutet dabei für die Stadt die Schaffung einer Win-Win-Situation. Denn viele Handlungsansätze kommen dabei zugleich

allen Generationen zugute und bilden wichtige Elemente einer generationenfreundlichen Stadt. Ein sehr gutes Beispiel ist die Barrierefreiheit, von der alle Lebensalter profitieren: Ältere mit Rollator, eine Familie mit Kinderwagen, ein Rollstuhlfahrer oder ein junger Mensch mit Gipsbein.

Eine aktuelle Studie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung hat ergeben, dass nur etwa zwei Prozent der bundesweit 41 Millionen Wohnungen barrierefrei sind. Unter den elf Millionen Seniorenhaushalten finden sich nur 570.000 barrierearme Wohneinheiten und der Umbau ist teuer. Der altersgerechte Bau und Umbau von Wohnungen ist jedoch nicht nur für den einzelnen wichtig, er entlastet auch die staatlichen Sozialsysteme: Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung hat ermittelt, dass die staatlichen Sozialsysteme im Idealfall jährlich um etwa drei Milliarden Euro pro Jahr entlastet würden – ein Entlastungspotenzial, das vor dem Hintergrund der älter werdenden Gesellschaft und der Zunahme der Pflegebedürftigen künftig noch weiter ansteigen dürfte. Umso erfreulicher ist es, dass Hamburg bereits im Jahr 2012 erreicht hat, dass 35 Prozent aller öffentlich geförderten neu gebauten Mietwohnungen barrierefrei sind. Diesen Anteil wollen wir weiter steigern. Die Hamburger Wohnungswirtschaft hat selbst ein Interesse daran, um die Mieter langfristig zu binden.

Gleichzeitig wollen wir die Mobilität in der Stadt verbessern. Dazu werden wir die Barrieren und Stolperfallen an Bahnhöfen, auf Fußwegen und in öffentlichen Einrichtungen Schritt für Schritt konsequent abbauen. Da in der Stadt der Trend bei Jungen wie bei Älteren immer weiter weg vom Auto hin zum ÖPNV geht, müssen wir die bestehenden Angebote noch mehr vernetzen und Verknüpfungspunkte zwischen den Verkehrsmitteln ausbauen.

Meine Damen und Herren,

Barrierefreiheit ist das eine. Der soziale Zusammenhalt sowie der soziale Kontakt sind das andere. Wenn wir so lange wie möglich in unseren vier Wänden wohnen bleiben möchten, dann brauchen wir auch ein stützendes, soziales Umfeld. Soziale Netzwerke und Nachbarschaften wachsen in ihrer Bedeutung, wenn der familiäre Zusammenhalt abnimmt. Daher wollen wir aufsuchende Angebote in der Seniorenarbeit ausbauen. Alle älteren Hamburgerinnen und Hamburger sollen – beispielsweise ab dem 70. Lebensjahr - ein verlässliches, regelmäßiges Angebot einer Beratung oder eines Hausbesuchs erhalten. Dabei geht es um die gesellschaftliche Teilhabe, es geht aber auch darum, Selbsthilfepotenziale zu stärken, konkrete Hilfe anzubieten und eine eventuelle Pflegebedürftigkeit hinauszuzögern oder sogar zu vermeiden.

Aber auch eine eingetretene Pflegebedürftigkeit darf kein zwingender Grund sein, in ein Heim umziehen zu müssen. Bei einer optimierten Versorgungsstruktur können die Lebensqualität und der Verbleib im Quartier erhalten bleiben. Hierzu brauchen wir neue Wohn- und Pflegeformen im Quartier und das Zusammenwirken von Profis und Bürgern aus der Nachbarschaft. Hamburg will dazu das Hilfeangebot in der Pflege so umsteuern, dass vorrangig quartiersbezogene Strukturen, die nachbarschaftliches Engagement ermutigen und fachpflegerische Versorgung ergänzen, verwirklicht werden. Auch der Bund hat sich das Thema auf die Agenda gesetzt. Derzeit beginnt eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe, die Rolle der Kommunen bei der Versorgung Älterer mit Pflegebedarf neu zu bestimmen. Unsere Behörde hat bereits im Sommer wichtige Impulse dazu geliefert. Es ist wichtig, dass Bund und Länder hier Hand in Hand agieren. Denn den Pflegebedürftigen nützt es nichts, wenn die Angebote der Kommunen und die Leistungen der Pflegeversicherung nicht aufeinander

abgestimmt sind. Hilfe und Pflege werden dann vorwiegend ambulant und oder in Tagespflegestätten erbracht. Umzüge finden idealerweise gar nicht oder innerhalb des Quartiers statt und beschränken sich auf Situationen, in denen eine barrierefreie Wohnung bezogen wird, die Chance auf soziale Kontakte im Servicewohnen oder in Hausgemeinschaften verbessert werden soll oder Pflege (zum Beispiel bei Demenz) in Wohn-Pflegegemeinschaften gewünscht wird. Pflegeheime wandeln ihre Rolle zu Dienstleistern im Quartier, die Normalität und Teilhabe aktiv organisieren und intern in überschaubaren Wohngruppen Pflege und Betreuung bieten. Klassische Pflegeheime werden hingegen in Hamburg trotz steigender Zahlen bei der Pflegebedürftigkeit erhebliche Auslastungsprobleme erleben. Weitere stationäre Einrichtungen dieser klassischen Art werden voraussichtlich nicht benötigt. Das „Bündnis für Wohnen“ berät gerade auf Initiative von Frau Senatorin Blankau und mir eine „Hamburger Erklärung“, um eine an diesen Zielen orientierte Entwicklung zu verabreden.

Meine Damen und Herren,

auch das Gesundheitswesen ist ein Bereich, der bereits heute und künftig noch stärker von den Folgen des demografischen Wandels betroffen sein wird. Denn eine älter werdende Gesellschaft erfordert auch eine andere medizinische und pflegerische Versorgung und vor allem mehr Prävention von Krankheiten. Die längere Lebenserwartung der Deutschen geht zu 10 – 40 % auf medizinischen Fortschritt und gute Gesundheitsversorgung zurück. Das heißt: 60 – 90 % hängen von den Lebensumständen und dem Verhalten ab. Mehr Gesundheitsförderung und Abbau ungleicher Gesundheitschancen sind ein Muss, wenn wir nicht nur mehr Jahre, sondern mehr gesunde Jahre wollen. 110 Institutionen und Einrichtungen arbeiten in Hamburg im „Pakt für Prävention“ an diesem Ziel. Das werden wir – hoffentlich auch mit Hilfe eines Bundespräventionsgesetzes - ausbauen.

Meine Damen und Herren,

schon heute ist Hamburg die Gesundheitsmetropole des Nordens. Wir werden unserer Verantwortung für eine gute Versorgung auch bis weit in das Umland gerecht. 30 Prozent der Behandlungen in Krankenhäusern werden für Patientinnen den Patienten von jenseits der Stadtgrenze erbracht, in den Arztpraxen über 20 %. Diese Kompetenz müssen und wollen wir in den kommenden Jahren ausbauen. Die Gesundheitsbranche ist mit über 130.000 Beschäftigten eine der beschäftigungsintensivsten Branchen der Stadt. Genauso viele Beschäftigte wie im und durch den Hafen. Ihre Bedeutung wächst. Heute sind bundesweit ca. 12 Prozent aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Gesundheitsbranche tätig. Schätzungen zur Folge werden es 2030 bereits 20 Prozent sein.

Neben der pharmazeutischen und der Medizinprodukteindustrie arbeiten die meisten Menschen in Gesundheits- und Pflegeberufen direkt von Mensch zu Mensch. In der Weiterentwicklung dieser Beschäftigungsbereiche liegt eine der größten Chancen des demografischen Wandels. Die Altersentwicklung selbst kann der größte Jobmotor der kommenden Jahrzehnte werden. Das werden wir nutzen, um durch Reformen die Gesundheitsberufe attraktiver zu machen, dem drohenden Fachkräftemangel sowohl bei Ärzten als auch bei Pflegekräften entgegenzuwirken und neue Jobs zu schaffen. Darüber hinaus werden wir in die Struktur der Versorgung investieren. Wir werden dem medizinischen Versorgungsbedarf aber nicht gerecht, wenn wir immer nur mehr medizinische Leistungen erbringen. Wir müssen vor allem passgenauere und bessere medizinische Versorgungsangebote anbieten.

Altersgerechte Medizin: Zentren für Altersmedizin in allen Bezirken.

Die Zunahme gerade komplexerer und zumeist chronischer Erkrankungen erfordert komplexere und fachübergreifende Behandlungsstrategien. Gerade deshalb muss auch die medizinische Versorgung teamorientierter und fachübergreifender ausgerichtet werden. Die hoch spezialisierten medizinischen Angebote, die es nicht überall in der Fläche gibt, müssen technisch so ausgestaltet werden, dass Patientinnen und Patienten in Regionen außerhalb Hamburgs telemedizinisch überwacht und künftig sogar therapiert werden können. Hamburg wird die bisher vereinzelt vorgehaltenen telemedizinischen Angebote deshalb gezielt koordiniert weiterentwickeln und ein einheitliches telematisches Portal für alle Kliniken schaffen. Ziel ist es, Hamburg zu einem telemedizinischen Zentrum im Norden Europas zu entwickeln. Mit dem Zentrum für Seltene Erkrankungen am UKE sowie mit einer besonderen Transparenz- und Qualitätsoffensive der Kliniken wird Hamburg sein Angebot bewusst über die bisherige Einzugsregion hinaus ausweiten.

Meine Damen und Herren,

das Demografie-Konzept Hamburg 2030 gibt einen Ausblick darauf, wo wir strategisch anpacken müssen, um den demografischen Wandel zu einer Chance für die Freie und Hansestadt Hamburg werden zu lassen. Wenn wir es richtig angehen, werden wir wirtschaftlich stärker, lebenswerter und finden mehr soziales Miteinander. Wenn wir dagegen unsere Stadt in diesem gesellschaftlichen Wandel nicht aktiv gestalten, dann laufen wir den Problemen hinterher und müssen später Fehlentwicklungen teuer korrigieren. Insofern fordert uns bereits der Grundsatz der Generationengerechtigkeit auf, uns heute mit den Folgen demografischer Veränderungen auseinanderzusetzen und Lösungsstrategien zu entwickeln. Die demografische Entwicklung ist ein Thema, das uns die nächsten Jahrzehnte beschäftigen wird. Um die Herausforderungen zu meistern und die Chancen zu nutzen, brauchen wir einen breiten gesellschaftlichen Konsens hinsichtlich der Ziele und hinsichtlich der Strategien, mit denen wir diese Ziele erreichen wollen. Mit dem Demografie-Konzept liegt nun eine gute Grundlage für die weitere Diskussion vor.

In diesem Sinne wünsche ich uns anregende Impulse und viele interessante Gespräche.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



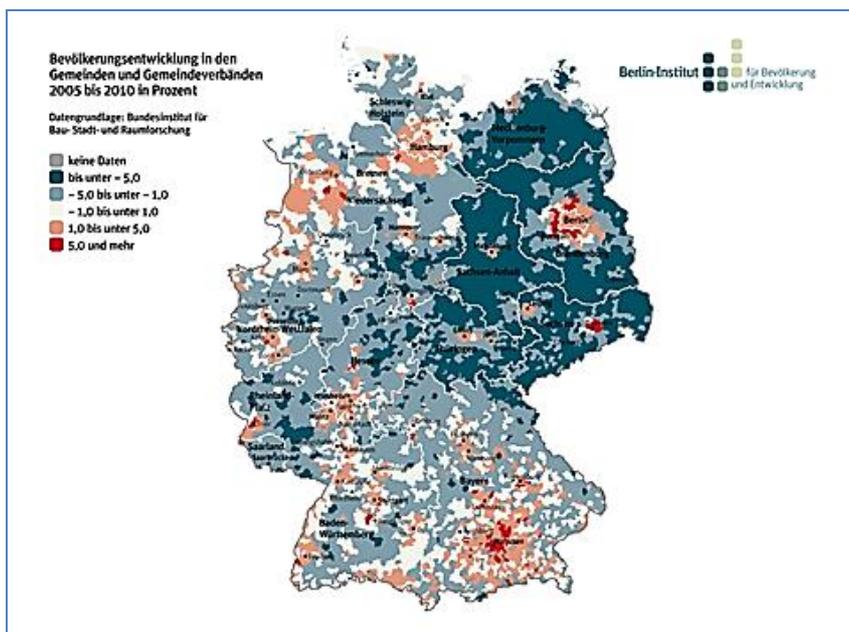
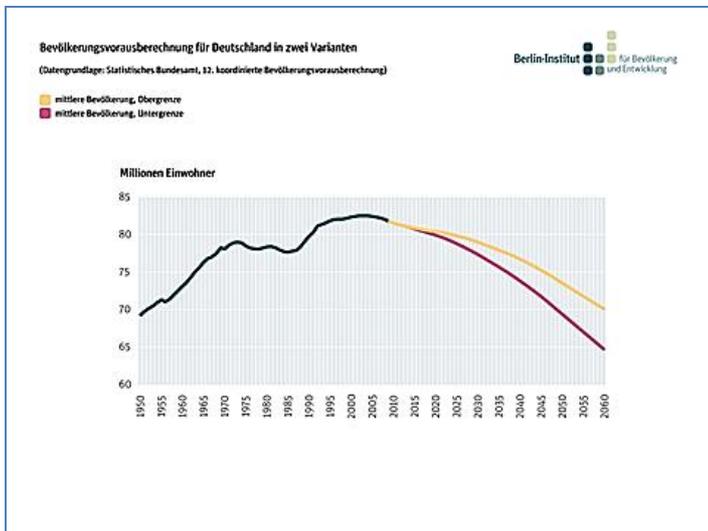
Impulsvortrag durch Herrn Dr. Reiner Klingholz, Direktor des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung

Berlin-Institut  für Bevölkerung und Entwicklung

Hamburger Aussichten

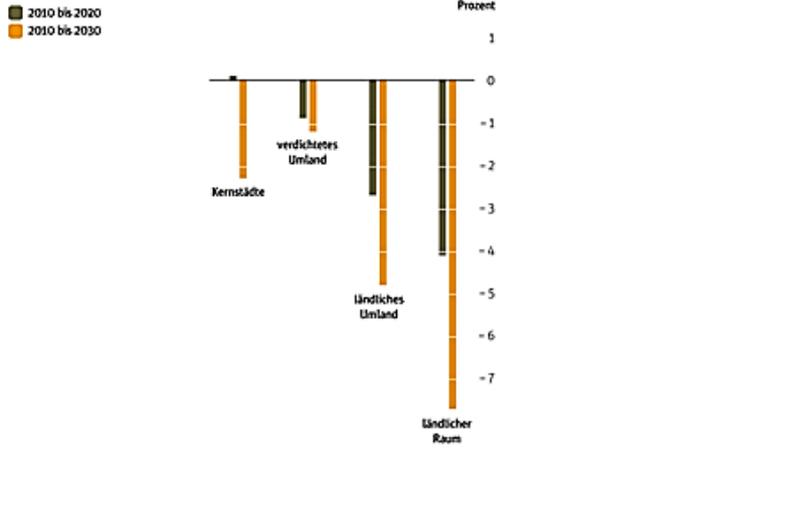
Schwimmt die Hansestadt gegen den demografischen Strom?

Reiner Klingholz
Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

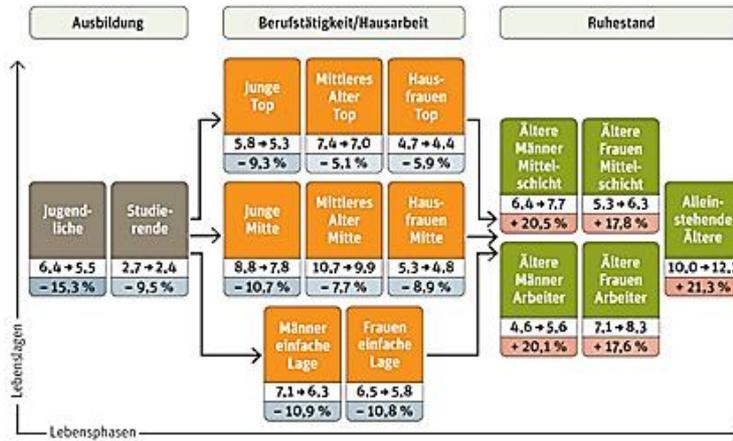


Bevölkerungsveränderung in verschiedenen Raumkategorien 2010 bis 2030

Datengrundlage: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung



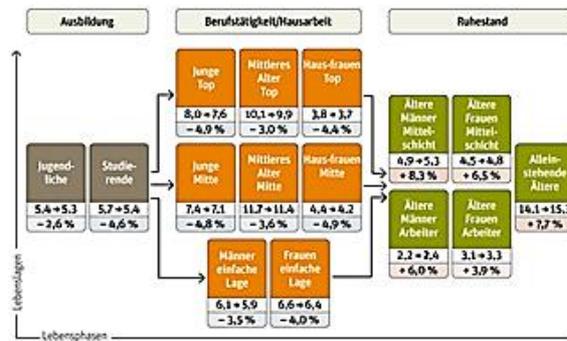
Deutschland Entwicklung bis 2025



Datengrundlage für alle Abbildungen: Omnibusumfragen der GfK/Bundesinstitut für Bauwesen und Raumordnung, eigene Berechnungen

Anteil der jeweiligen Lebenswelt an der Gesamtbevölkerung 2010 und 2025 und prozentuale Entwicklung der absoluten Anzahl der Menschen, die ihr zugeordnet werden, in Hamburg

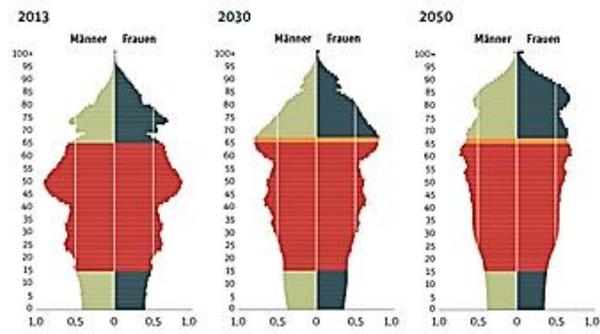
Datengrundlage: Omnibusumfragen der GfK/Bundesinstitut für Bauwesen und Raumordnung, eigene Berechnungen



Prozentualer Anteil der Männer und Frauen im jeweiligen Alter an der Gesamtbevölkerung

Datengrundlage: Statistisches Bundesamt

BerlinInstitut
 für Bevölkerung
 und Entwicklung

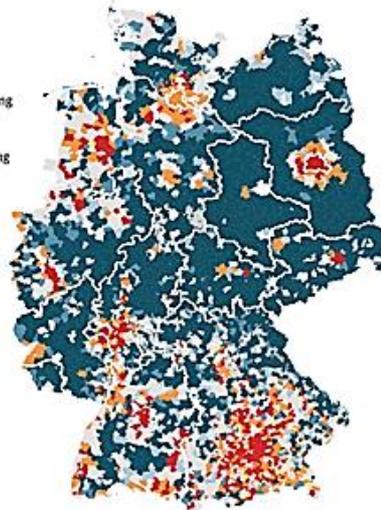


Ursachen für Wachsen und Schrumpfen 2006 bis 2011

Datengrundlage: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, eigene Berechnung

BerlinInstitut
 für Bevölkerung
 und Entwicklung

- Bevölkerung stabil
- schrumpft durch Abwanderung
- schrumpft durch Sterbeüberschuss
- schrumpft durch Sterbeüberschuss und Abwanderung
- wächst durch Geburtenüberschuss
- wächst durch Zuwanderung
- wächst durch Geburtenüberschuss und Zuwanderung

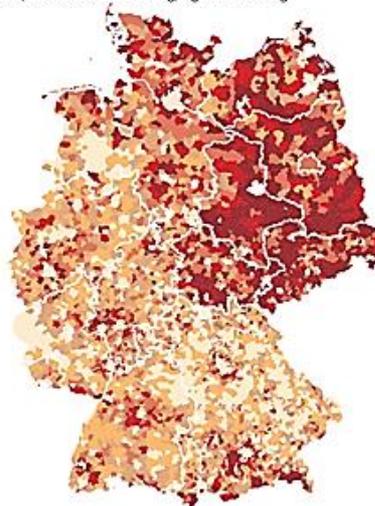


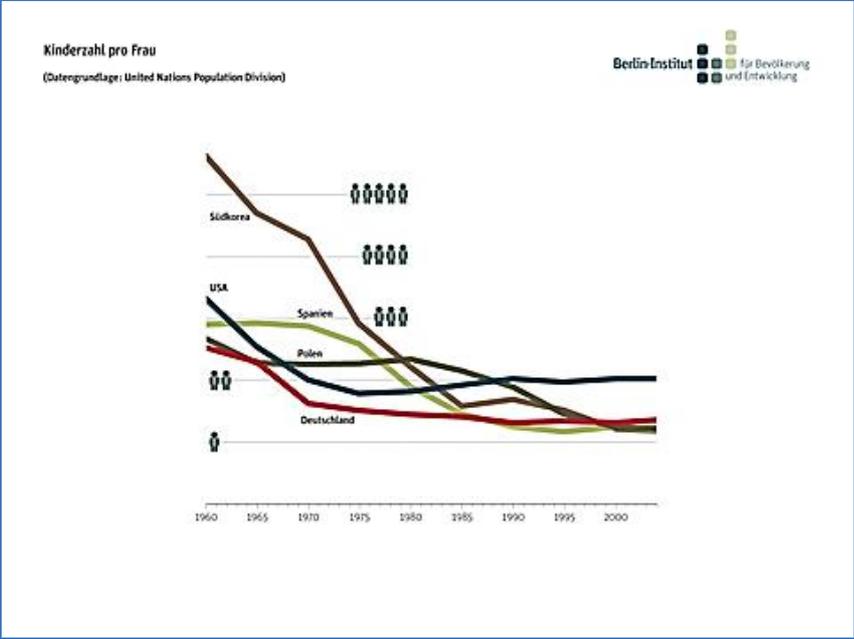
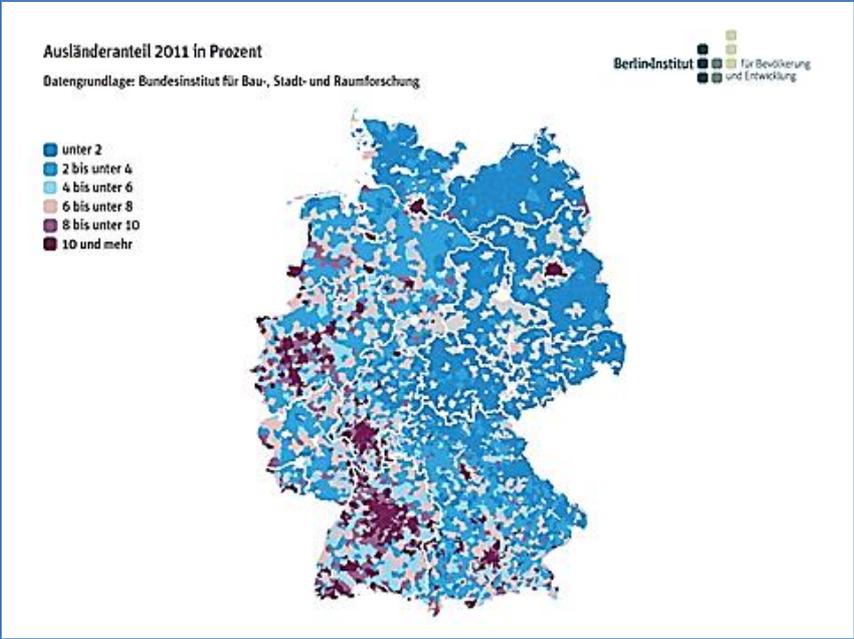
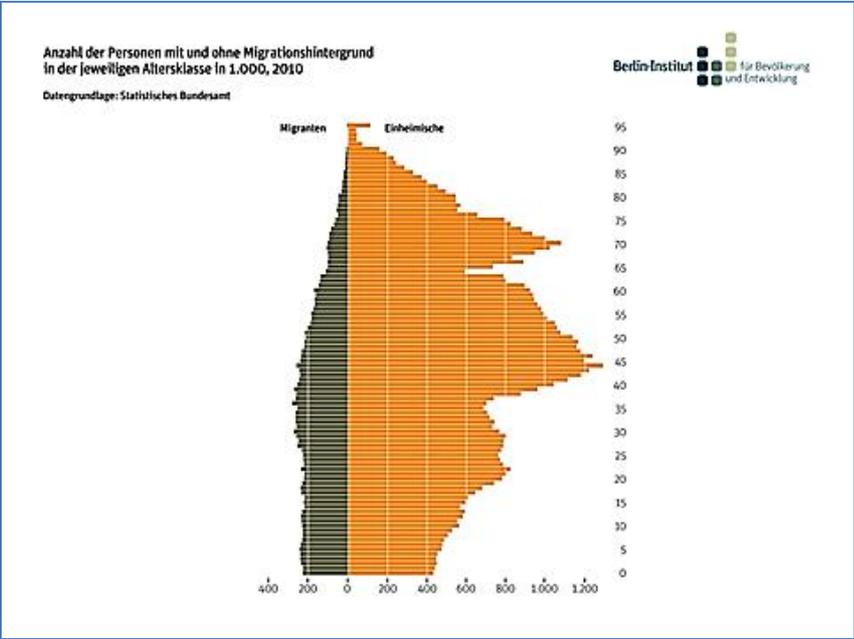
Veränderung des Altenquotienten (Anzahl der 64-jährigen je 100 Menschen zwischen 15 und 64) 2001 bis 2011

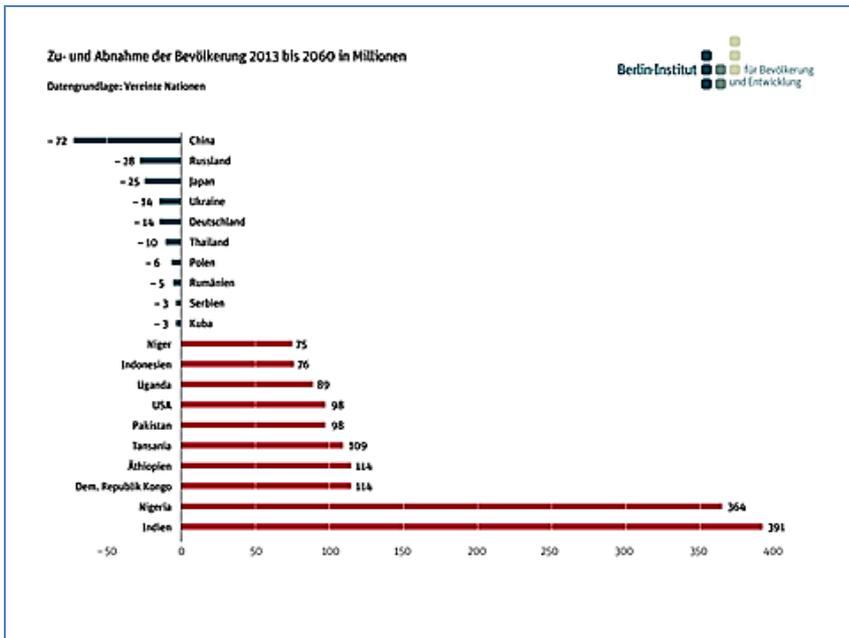
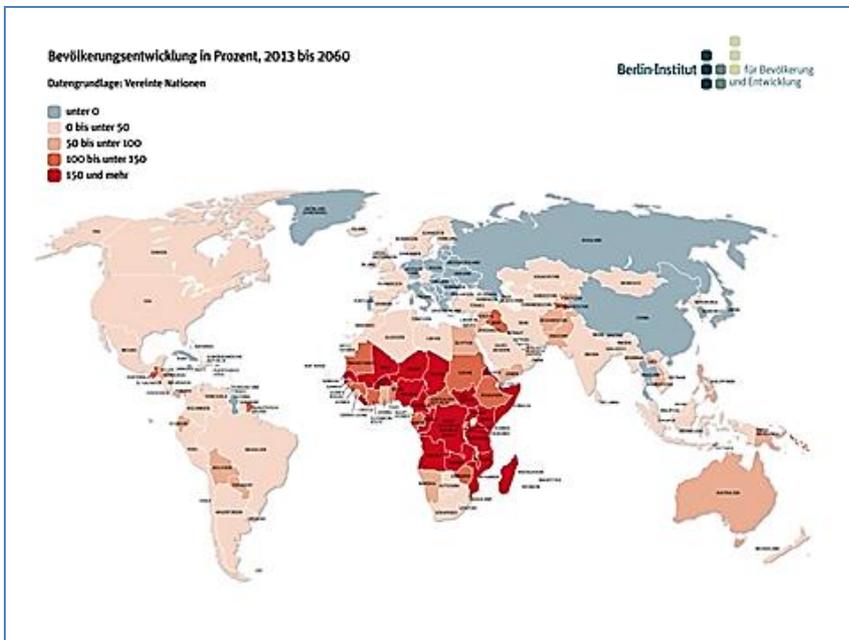
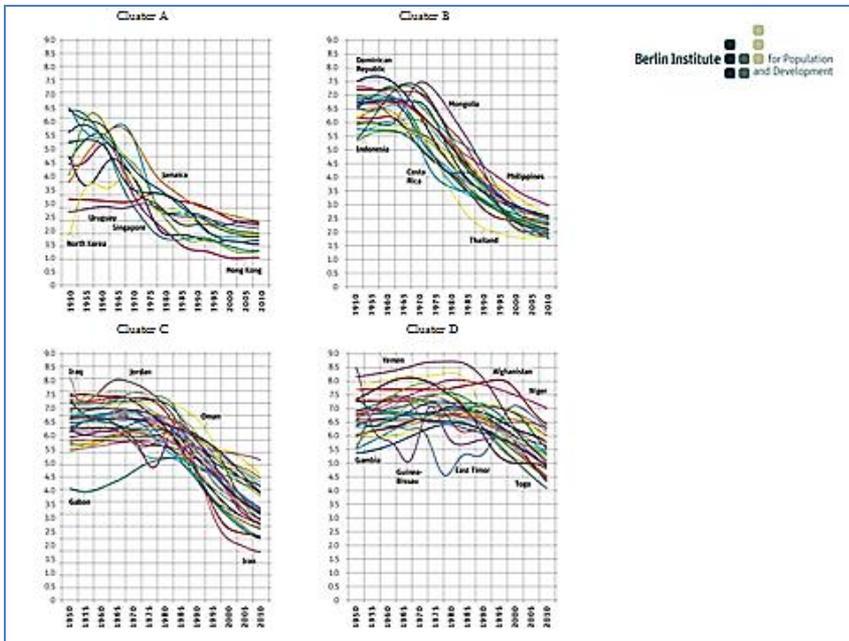
Datengrundlage: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, eigene Berechnung

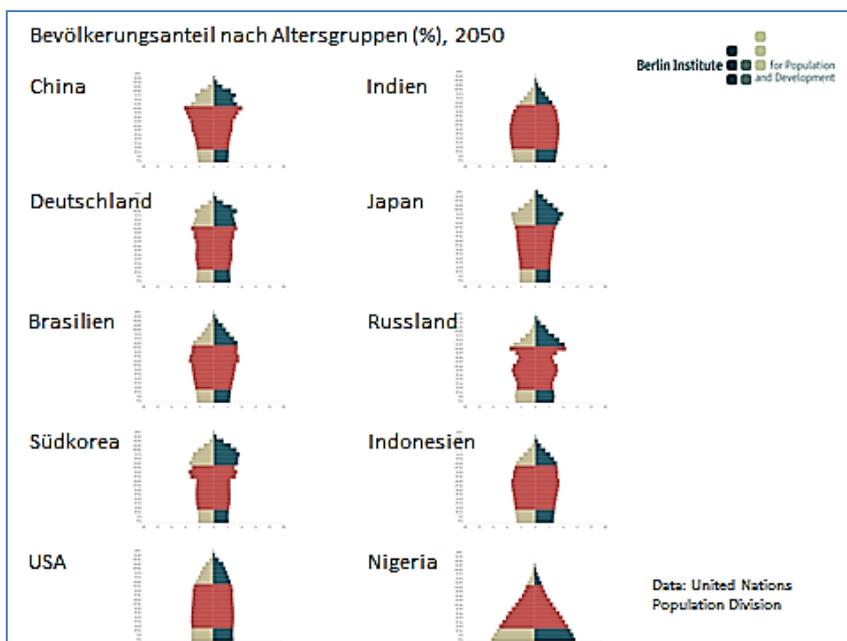
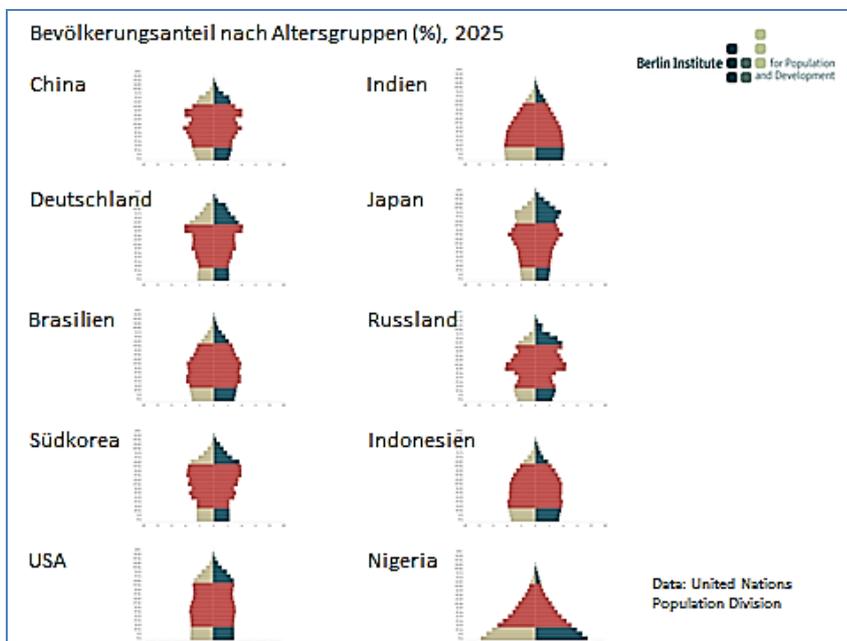
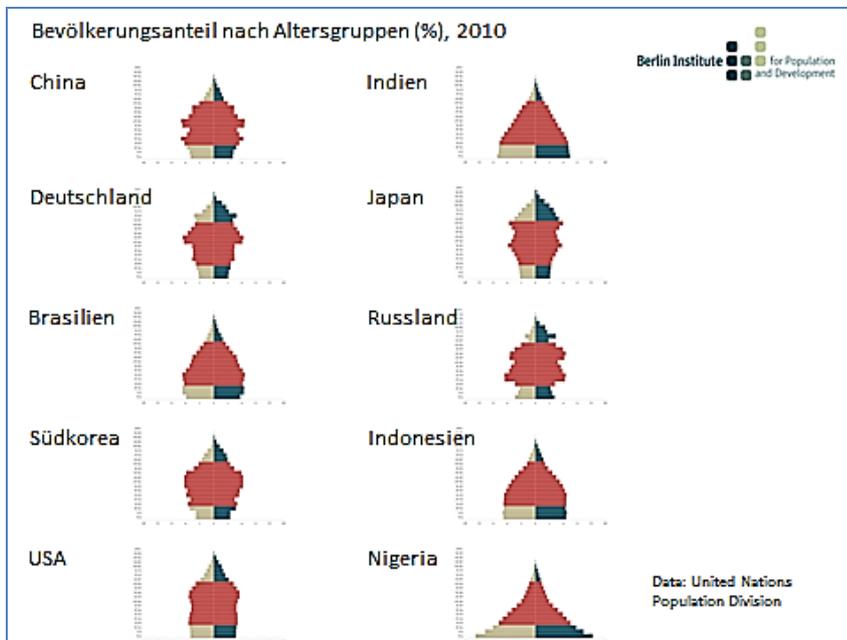
BerlinInstitut
 für Bevölkerung
 und Entwicklung

- unter 3,5
- 3,5 bis unter 5
- 5 bis unter 6,5
- 6,5 bis unter 8
- 8 bis unter 9,5
- 9,5 und mehr









www.berlin-institut.org



Workshop 1: Gesundheit und Pflege 2030

Hamburg ist bereits heute die Gesundheitsmetropole des Nordens. Demografische Entwicklungen werden dazu führen, dass die Zahl älterer Patientinnen und Patienten sowie Pflegebedürftiger weiterhin steigen und auch die Prävalenz bzw. die Häufigkeit wesentlicher Erkrankungen zunehmen wird. In diesem Workshop wurde diskutiert, welche demografisch bedingten Herausforderungen auf das Hamburger Gesundheits- und Pflegewesen zukommen und welche Weichen zu stellen sind, um eine adäquate, leistungsstarke und wirtschaftliche Versorgung auch künftig sicherzustellen.



1.1 Impuls von Herrn Prof. Dr. Dr. Uwe Koch-Gromus, Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf

 Universitätsklinikum
Hamburg-Eppendorf

Workshop 1: Gesundheit und Pflege 2030

Auftaktveranstaltung zum Demografie-Konzept „Hamburg 2030: Mehr. Älter. Vielfältiger.“

Prof. Dr. Dr. Uwe Koch-Gromus, Dekan
Medizinische Fakultät des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf

A landscape photograph showing a wooden pier or walkway extending over a body of water. The sun is low on the horizon, creating a warm, golden glow over the scene. The sky is filled with soft, wispy clouds.

Zur Qualität der geriatrischen Versorgung in Deutschland

Kranke alte Menschen sind im Gesundheitssystem Deutschlands zurzeit nicht so gut aufgehoben, wie dies eigentlich entsprechend dem medizinischen Standard geboten und möglich wäre.

Wer ist ein „alter“ bzw. „geriatrischer“ Patient?

Nicht das chronologische Alter, sondern ein **Zustand**, der

- entweder durch paralleles Auftreten von Erkrankungen (**Multimorbidität**) und ein **höheres Alter**
oder
- durch eine besondere physiologische Verletzlichkeit/**Vulnerabilität**: z.B. Komplikationen, Folgeerkrankungen, Gefahr von Chronifizierung) und ein **höheres Alter** gekennzeichnet ist.

Das Krankheitsspektrum älterer Menschen

- **Herz-Kreislaufkrankungen**, Herzinsuffizienz, Angina pectoris
- Erkrankungen des **Bewegungsapparats**
- Erkrankungen der Sinnesorgane/**neurologische Erkrankungen**
- **Krebserkrankungen**: 2/3 entfallen auf Menschen über 65 Jahre.
- **Psychische Erkrankungen**: insb. Demenzen, Depressionen und Angststörungen. (Ca. 25%) Anteil in etwa wie im mittleren Erwachsenenalter. Aber subsyndromale Formen, Psychische Comorbidität.
- **Demenzen** über 80-jährigen Prävalenz von ca. 15-20%, bei den über 90-jährigen von ca. 40-50%.

Funktionale Beeinträchtigungen

- Schwierigkeiten in der Ausführung von **Alltagsaktivitäten (ADL, Waschen, Ankleiden u.a.)** und instrumentellen Alltagskompetenzen (IADL, Einkaufen, Benutzen öffentlicher Verkehrsmittel u. a.).
- Unvermögen, Dinge zu tun, die für die **soziale Funktion** bzw. ein Leben in der Gesellschaft notwendig.
- Schwere **Sehbeeinträchtigung** bei 15% der über 65-jährigen, etwa 25% der über 80-jährigen; schwere **Hörbeeinträchtigungen** bei den Hochaltrigen noch häufiger.
- **Beweglichkeit**: 25% der 75- bis 84-jährigen nicht in der Lage, ohne Hilfe mehr als einen Kilometer zu gehen. Etwa jede zweite Person über 80 Jahre erlebt im Laufe eines Jahres mindestens einen **Sturz**.

Häufigkeit stationärer Behandlung

Menschen über 70 Jahre haben im Schnitt gleichzeitig 4-5 **Krankheitsdiagnosen**.

Häufigkeit der stationären Behandlung verdoppelt sich bei den über 80jährigen gegenüber der Gruppe der 65-69jährigen.

Verweildauer

Durchschnittliche Verweildauer im Krankenhaus gesunken, bei älteren stärker als bei jüngeren. Gleichwohl: Menschen über 65 Jahre im Schnitt 2,5 Tage länger im Krankenhaus als jüngere.

Das Problem der Multimorbidität

Die Behandlung bei Multimorbidität verlangt die Beachtung der Interaktionen zwischen

- verschiedenen Medikamenten,
- Medikamenten und nicht-medikamentösen Therapien,
- krankheitsbezogenen Therapien und anderen Krankheiten
- den vielfältigen psychosozialen Folgen einer körperlichen Erkrankung

Fazit: Die **Behandlung älterer Patienten** mit Multimorbidität und oftmals zahlreichen physischen, funktionellen psychischen und sozialen Einschränkungen, ist um ein Vielfaches komplexer.

Probleme und notwendige Anpassungen in Diagnostik und Therapie alter Patienten

- Eingeschränkte Anwendbarkeit der Diagnostik wegen Problemen mit der Sensorik und kognitiven Einschränkungen
- oft auf Fremdanamnese angewiesen (nahestehende Personen)
- Therapeutisch: Medikamente müssen altersentsprechend dosiert werden.
- Nicht medikamentöse Verfahren aufgrund funktioneller/kognitiver Einschränkungen u. U. nicht einsetzbar
- Kooperation zwischen verschiedenen Leistungserbringern wegen eingeschränkter Mobilität der Patienten oft erschwert

Umstellungserfordernisse für die geriatrische Versorgung

- Krankenhäuser, Hausärzte, Therapeuten und Altenpflege müssen sich in ihrem Regelbetrieb auf alte Menschen einstellen.
- Das betrifft die Aus- und Fortbildung des Personals, der handelnden Personen, die Behandlungsweisen und die Zusammenarbeit mit anderen Versorgern.
- Eine besondere Herausforderung: Das Entlassungsmanagement aus dem stationären Bereich: Gewährleistung der Behandlungskontinuität.
- Notwendigkeit für Behandlungsteams, sich mit dem Lebensumfeld des Patienten, Vorgeschichte und weitere Lebensziele intensiver auseinander zu setzen.

Ausgangssituation und Rahmenbedingungen Geriatrische Angebote in Hamburg

- **Geriatrisches Versorgungskonzept** der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz der Freien und Hansestadt Hamburg
- **Voll- und teilstationäre** geriatrische Versorgung: Fachabteilungen bzw. spezialisierte Versorgungsangebote in zehn Krankenhäusern (781 vollstationäre Betten, 174 teilstationäre Behandlungsplätze)
- Geriatrische **Institutsambulanzen**, ambulante geriatrische **Rehabilitation**, **mobile Reha-Teams** (von BGV angeregt)

Spezialisierte Versorgungsangebote mit geriatrischem Schwerpunkt in Hamburg

- Asklepios Klinik Nord
- Asklepios Klinik Wandsbek
- Albertinen-Haus/Albertinen-Krankenhaus
- Diakonie-Klinikum Hamburg
- Ev. Krankenhaus Alsterdorf
- Ev. Amalie Sieveking-Krankenhaus
- Marienkrankenhaus
- Schön Klinik Hamburg-Eilbek
- Wilhelmsburger Krankenhaus Groß Sand
- Asklepios Westklinikum Hamburg (geriatrischer Schwerpunkt in der Inneren Medizin)

781 vollstationäre Betten, 174 teilstationäre Behandlungsplätze

Vorstellungen für die Weiterentwicklung der geriatrischen Versorgung in Hamburg

- eine auf Multimorbidität abgestimmte **multidimensionale geriatrische Abklärung**
- eine darauf ausgerichtete **Behandlungskette**: geriatrische Akutbehandlung, geriatrische Frührehabilitation, neurologische Frührehabilitation und ggf. gerontopsychiatrische Behandlung.
- die **fachliche Weiterentwicklung** der Geriatrie in enger Kooperation mit anderen Kliniken, Pflegeeinrichtungen, Tagespflege, Beratung und Betreuung und der ambulanten geriatrischen Rehabilitation (AGR).
- spezialisierte **gerontopsychiatrische Fachabteilungen** bis 2030 in allen psychiatrischen Kliniken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit



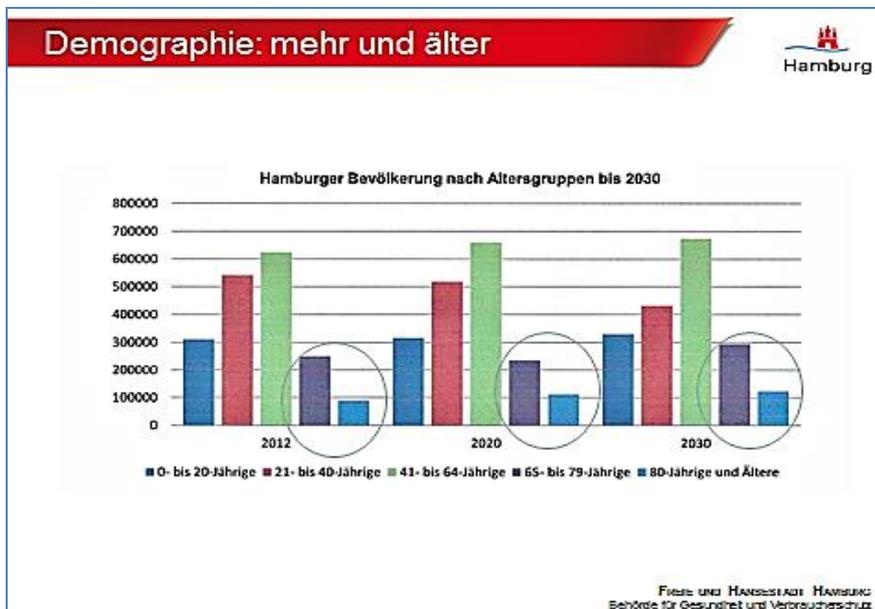
1.2 Impuls von Herrn Dr. Matthias Gruhl, Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz



Workshop 1: Gesundheit und Pflege 2030

Auftaktveranstaltung zum Demografie-Konzept
 "Hamburg 2030: Mehr. Älter. Vielfältiger."

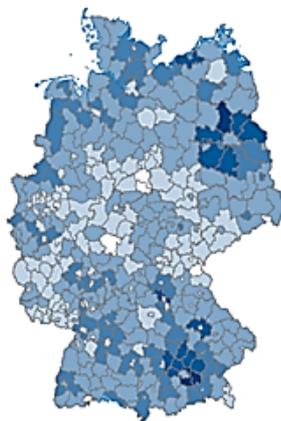
Dr. Matthias Gruhl, Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz



Friede und Hansstadt HAMBURG
Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Pflege 2030: Daten und Prognosen



Relative Zunahme der Pflegebedürftigkeit nach Kreisen zwischen 2009 und 2030 in Prozent (Bertelsmann Stiftung 2012)

Pflegebedürftige in HH:

- 2011: über 47.000
- 2030: rd. 61.000
- Steigerungsrate rd. 32 %
(2.niedrigste im Ländervergleich hinter Bremen)

Hilfebedarf unterhalb der Pflegebedürftigkeit:

- 2011: ca. 60.000
- 2025: ca. 70.000

Demenz

- aktuell ca. 26.000
- 2025: rd. 31.000

Friede und Hansstadt HAMBURG
Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Sicherung des Fachkräfteangebots

Steigender Bedarf an Pflegefachkräften auch in Hamburg: von 7.500 (2012) auf 8.700 (2025)

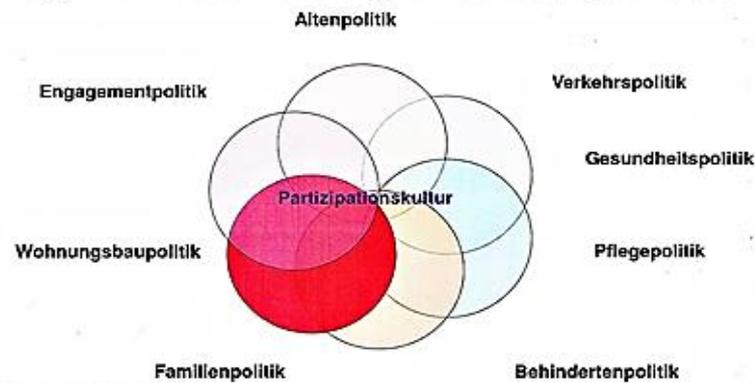
Sicherung des Fachkräfteangebots bleibt wichtiges Ziel:

- Kampf um die Köpfe
- Mehr attraktive Ausbildungsplätze mit durchlässigen Ausbildungswegen und guten Anschlussperspektiven
- Ansprache von pflegenden Angehörigen: Option für eine „zweite Karriere“
- Haltequote im Beruf erhöhen - attraktivere Arbeitsplätze, Gesundheitsförderung, mitarbeiterfreundliche Arbeitsorganisation und faire Bezahlung

Friede und Hansstadt HAMBURG
Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

- Pflegebedürftige möchten im vertrauten Umfeld bleiben:
- Heim als letzter Ausweg (wenn, dann: kürzer und später)
- Keine Auslastung klassischer Pflegeheime: unter 90 % (bei insg. rd. 17.700 Plätzen)
- **Genug Pflegeheime**
- **Leben und Pflegen zu Hause (im Quartier).**

Altengerechte Quartiersentwicklung braucht eine integrierte Politik



EMR Andrea Burkert 11.4.2014 Leipzig



Richtfest Barrierefreies Wohnen im Rungehaus

Lebendige Nachbarschaft rund um das Rungehaus

Mitten in Barmbek-Nord baut SAGA GWG 73 barrierefreie Zwei-Zimmer-Wohnungen und leistet damit einen weiteren Beitrag für den Wohnungsbau in Hamburg. Neben der Bestandssanierung mit Grundrissveränderungen für Familien im gesamten Quartier entsteht im Rungehaus, angepasst an die Architektur der 1930er Jahre, moderner Wohnraum für Senioren und Menschen mit Assistenzbedarf. Die Betreuung erfolgt nach dem für Hamburg neuartigen Konzept „Lebendige Nachbarschaft“, kurz „LeNa“. Die Evangelische Stiftung Alsterdorf unterhält ein Servicebüro im Quartier und unterstützt die Bewohner des Viertels im Bedarfsfall rund um die Uhr. Ein Wohncafé steht den Mietern für Veranstaltungen zur Verfügung und wird Ausgangspunkt gegenseitiger Hilfe und Unterstützung. Das Ziel ist eine lebendige und starke Nachbarschaft.

Grafik: KBNK ARCHITEXTEN



FREIHEIT UND HANSESTADT HAMBURG
Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

HH 2030



FREIHEIT UND HANSESTADT HAMBURG
Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

1.3 Diskussion

Als eine der dringlichsten Herausforderungen für 2030 wird die Notwendigkeit von Systemveränderungen diskutiert. Alle Akteure im Gesundheitswesen müssten sich auf eine höhere Zahl Älterer einstellen. Darüber hinaus komme der Prävention eine hohe Bedeutung zu. Diese müsse früh ansetzen, wie eine Befragung von Senioren in Altona gezeigt habe.

Auch gäbe es zu wenig geriatrische Forschung zu Multimorbidität und –pharmazie. Die Berücksichtigung einer dementiellen Erkrankung im Rahmen eines Krankenhausaufenthaltes müsse verbessert werden. Die Entlassung richte sich nach diagnosebezogenen Fallpauschalen (DRG = Diagnosis Related Groups), nicht nach Bedarf. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass das Entlassungsmanagement ein zentrales

Qualitätsmerkmal darstelle. Der Grundsatz Reha vor Pflege werde durch Schemata verhindert.

Einen weiteren Diskussionsschwerpunkt bildete die Frage nach der Organisation der pflegerischen Versorgung und der künftigen Rolle stationärer Pflegeangebote im Quartier.

Es wurde angemerkt, dass ambulante Dienste sehr unterschiedlich seien. Kleinere seien im Nahbereich tätig, andere hätten sich spezialisiert. Teilweise wurde die Ansicht vertreten, dass auch neue Heime gebraucht werden. Die Einrichtungen bewegten sich. Das Pflegeheim 2030 sähe aber anders aus als heute. Der Bürger müsse wählen können, wie er gepflegt werden wolle.



Darauf hingewiesen wurde, dass die Quartiersentwicklung Geld koste, insbesondere die Moderation der Interessengruppen. Gemeinwesenarbeit, bürgerschaftliches Engagement und Kommunikation seien unverzichtbar. Auch eine Verzahnung von Gesundheitsförderung und Quartier sei notwendig. Es werden „Kümmerer“ benötigt und die Rolle von Pflegekräften müsse erweitert werden.



Zum Thema Pflegekräfte wurde betont, dass Pflegekräfte fehlten. Ausländische Pflegekräfte stellten keine Lösung dar. Vielmehr müsse die Berufszufriedenheit steigen. Die Pflege sei unterfinanziert; dies verhinderte Interdisziplinarität. Gleichzeitig zeichne sich ein Ärztemangel ab, d.h. auch da müssten Aufgaben übernommen werden.

Bei Seniorenangeboten sei die Versäulung zu überwinden. Insbesondere brauche es viel mehr Kreativität bei der Gestaltung von Seniorentreffs und Kontaktmöglichkeiten für Ältere.

Schließlich sei die palliative Versorgung im Heim zu verbessern.

Workshop 2: Arbeitswelt 2030

Hamburg profitiert aktuell von dem Zuzug jüngerer Arbeitskräfte, muss sich aber auch auf eine sich verändernde Arbeitswelt (z.B. vielfältige Lebensentwürfe und höheres Durchschnittsalter der Beschäftigten) einstellen. In diesem Workshop wurde diskutiert,

welche Entwicklungen sich abzeichnen und welche Beispiele bereits bestehen, um vorhandene Potenziale besser zu nutzen.

In ihren einleitenden Worten betonte als Workshopleiterin Karin Haist, Leiterin des Bereichs Gesellschaft der Körber-Stiftung, dass der demografische Wandel ohne Zweifel die Arbeitswelt von morgen auf den Prüfstand stellen werde – und damit auch die Hamburger Unternehmen. Zwar werde Hamburg nicht im selben Maß schrumpfen wie der Rest des Landes. Doch auch Hamburg altere und dem Arbeitsmarkt würden weniger Menschen zur Verfügung stehen. Konkret appellierte Frau Haist an Hamburger Unternehmen und auch öffentliche Arbeitgeber, deshalb die Potenziale vor allem :
älteren Beschäftigten stärker in den Blick zu nehmen und insgesamt eine neue demografiefeste Personalpolitik zu etablieren. Das bedeute innovatives Gesundheitsmanagement wie auch Angebote für lebenslange Fortbildung. Aber gerade auch die Flexibilisierung von Arbeitszeiten sowie eine lebensphasenorientierte Personalpolitik seien geeignete Maßnahmen der Arbeitgeber, um ihre Mitarbeiter möglichst lange arbeitsfähig und auch motiviert zu halten.



Frau Betina Psyk, Körber-Stiftung, stellte drei Handlungsansätze aus dem Demografie-Konzept zum Thema Arbeit vor:

1. Überzeugende Bedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Zeitmanagement, Flexibilisierung)
2. Sicherung und Ausschöpfung des Erwerbspersonenpotenzials (Aktivierung Älterer, Frauen, Migrantinnen)
3. Attraktive Arbeitsbedingungen und mitarbeiterorientierte Personalpolitik (Lebensphasen).

2.1.1 Impuls von Frau Katja Karger, DGB

Frau Karger hob die Bedeutung guter Arbeitsbedingungen hervor. Unter diese Überschrift ließe sich das o.g. durchaus subsumieren. Sie kritisiert, dass sich das Demografie-Konzept auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf konzentriert, dabei ginge es doch vielmehr um die Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf. Die Eingrenzung auf Familie grenze nicht nur Singles, Menschen ohne Kinder oder homosexuelle Paare aus, sondern auch alle weiteren Formen des legitimen bürgerschaftlichen Engagements. Im Sinne einer "work-life-balance" komme es darauf an, dass das Privatleben ausgeglichen zum Arbeitsleben ist.

Zum Thema Demografischer Wandel und Arbeitswelt

Demografischer Wandel hat immense Auswirkungen auf die Arbeitswelt. Immer mehr ältere Beschäftigte arbeiten länger in den Betrieben während weniger junge Auszubildende aufgrund des Geburtenrückganges nachkommen. Ein Mangel an Fachkräften ist zu erwarten - erste Auswirkungen sind schon spürbar, z. B. in der Pflege. In Hamburg ist die Lage derzeit noch relativ entspannt durch Zuzug junger Menschen.

Aber: Die Alterung der Beschäftigten und der Mangel an Fachkräften muss durch systematische Prävention zur Gesunderhaltung ausgeglichen werden.

Verbesserung der Arbeitsbedingungen nötig, damit Arbeiten bis zur Rente möglich wird. Qualifizierung und Weiterbildung werden wichtiger und müssen systematisch betrieben werden.



Wie sieht die Arbeitswelt aus?

Befragung der BGV HH aus 2012/13 und DGB Index Gute Arbeit ergeben, dass

- Termin- und Leistungsdruck hoch sind, häufig bis an die Leistungsgrenze gearbeitet wird
- 67 % der Befragten beklagen schwere körperliche und psychische Belastungen und kaum berufliche Entwicklungsmöglichkeiten und können sich nicht vorstellen bis zum Rentenalter arbeiten zu können.

Sozialbericht der Stadt Hamburg:

- zu wenig Menschen im Alter von 55 bis 64 in den Betrieben zu finden sind (60 – 64-jährige nur 48 %)
- leistungsstarke junge Menschen (Generation Y) wollen außer Arbeiten bis zum Umfallen auch Vereinbarkeit mit Familie und Hobbys
- die Schwächeren/Ungelernten haben kaum noch Chancen

Aufgabe der Zukunft

Humanisierung der Arbeitswelt. Das beginnt mit der grundsätzlichen Haltung: Altern ist kein defizitärer Prozess, sondern auch eine Chance. Vorurteile über Jüngere und Ältere widerlegt die Arbeitswissenschaft: wichtiger als der Faktor Alter sind die Arbeitsbedingungen, Lebensverhältnisse, Bildung und Motivation. Dazu gehören auch: - Betriebsklima, - Einkommen, - soziale Beziehungen, - Gesundheitsverhalten.

Konkrete Maßnahmen im Betrieb

Handlungsfeld Gesundheit:

Belastungen reduzieren, z. B.

- Heben und Tragen schwerer Lasten, Zwangshaltungen, Arbeiten unter Zeitdruck über eine längere Dauer
- Lärm, unklare Arbeitsaufgaben, ungeeignete Arbeitsmittel
- Verbesserungen in der Technik (z- B. Einsatz von Lastenaufzügen, Sackkarren, bessere Beleuchtung...), in der Arbeits- und Betriebsorganisation (Planung der Arbeitsabläufe, klare Anweisungen)
- Wechsel von belastenden zu weniger belastenden Tätigkeiten
- gesundheitsgerechtes Verhalten bei Azubis und Beschäftigten fördern

- mehr Mitbestimmung der Beschäftigten

Handlungsfeld Qualifizierung

Lern- und entwicklungsförderliche Arbeitsbedingungen gestalten, d.h.

- lebenslanges Lernen
- Raum für Fehler und wertschätzende Aufbereitung davon
- selbstverständliche Qualifizierung aller Altersgruppen

Handlungsfeld Arbeitszeit

Innovative alternsgerechte Arbeitszeitmodelle

Lebensphasensensible Arbeitszeitgestaltung, die viel Spielraum für die jeweiligen Bedürfnisse schafft.

Work - life - Balance ermöglichen

Wertschätzung für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen!

Beginn mit der Alterstrukturanalyse des Betriebes als Grundlage für die Personalplanung - langfristige Personalpolitik - nicht erst, wenn das Personal fehlt.

Mit der gesetzlich vorgeschriebenen Gefährdungsanalyse systematisch die Belastungen und Beanspruchungen erkennen und Maßnahmen planen. Nur 30 % aller Betriebe erfüllen diese Pflicht, die körperlichen und physischen Belastungen zu erfassen. Betriebsräte sind mit einzubeziehen und helfen Maßnahmen umzusetzen, haben Ideen!!!

Alternsgerechte Arbeitsgestaltung beginnt mit dem Eintritt ins Erwerbsleben. Wir brauchen gesundes Arbeiten für alle.

2.1.2 Impuls von Frau Dr. Leena Pundt, Otto Group

Frau Dr. Pundt beschreibt die Diversitystrategie der Otto Group. Dabei gehe es um attraktive und gesunde Arbeitsbedingungen und eine mitarbeiterorientierte Personalpolitik. Der Fachkräftemangel sei bereits zu spüren.

Frau Dr. Pundt unterstützt Frau Karger darin, dass es nicht nur um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, sondern darüber hinaus um die Vereinbarkeit mit dem Privatleben gehe. Wichtig sei eine Lebensphasenorientierung: durch flexible Rahmenbedingungen könne den unterschiedlichen Bedürfnissen und Anforderungen an die Arbeit entgegengekommen werden.



Das Bunte in unserem Leben müsse mehr wertgeschätzt und die Potenziale zum Blühen gebracht werden. Andernfalls orientierten sich Potenzialträger um. Auch ein 55-Jähriger müsse im Unternehmen noch mal etwas ganz anderes machen können, davon hätten auch die Unternehmen Vorteile.

Erforderlich sei eine Kulturveränderung: jeder könne in seinem Wirkungskreis etwas tun und auch in kurzer Zeit spürbar mit kleinen Aktionen mehr Offenheit schaffen.

Alt und Jung, Frauen und Männer mit und ohne Migrationshintergrund, Menschen mit und ohne Handicap: Es müsse Chancengleichheit auf allen Ebenen geben. Wenn Veränderungen angeschoben sind, sollten der Schwung und die Energie genutzt werden, um weiterzumachen. Man dürfe mit dem Konzept 2030 nicht aufhören.

In Zukunft gelte es, Diversity im Management selbstverständlich zu integrieren.

2.3 Diskussion



In der Diskussion wird auf die Bedeutung laufender Fortbildung hingewiesen. Diese werde viel zu sehr vernachlässigt. Gelernte Grundfähigkeiten werden nach ca. 10 Jahren verlernt. Den Firmen fehlten Leute á jour; die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ihrerseits fühlten sich nicht mehr wertgeschätzt. Daraus entstehe der Wunsch nach Frühverrentung. Frau Karin Haist, Leiterin des Bereichs Gesellschaft der Körber-Stiftung, betonte: Ältere Mitarbeiter sind ein wertvolles Potenzial für Unternehmen.

Damit Betriebe von ihrer Kompetenz und Erfahrung möglichst lange profitieren können, sollten Unternehmen Arbeit für ihre älteren Beschäftigten altersgerecht gestalten.

Im Demografie-Konzept wird ein eigenes Kapitel „Arbeit“ vermisst. Es wird angemerkt, dass die drei Handlungsansätze im Demografie-Konzept der Fachkräftestrategie entstammten. Die dortige Aufteilung sei gewählt worden, weil bei der Personalpolitik weniger politischer Spielraum bestehe. Hier könne im Wesentlichen lediglich an die Unternehmen appelliert werden. Im Rahmen des Fachkräftenetzwerkes werden die Ansatzpunkte „Sicherung des Erwerbspersonenpotenzials“ und „Arbeitsbedingungen“ dann wieder zusammengeführt.

Der Fachkräftemangel sei auch im Handwerk spürbar: Das Thema Betriebsnachfolge werde nicht mehr nur in der Familie geklärt. Es werde mehr Forschung über Ältere im Handwerk und mehr best practice benötigt.

Gegen Ende des Workshops kommt die Arbeitsgruppe auf die Frage nach einem Strukturwandel zu sprechen. Die sehr stark hierarchisch organisierten Strukturen eines Top-Down-Managements müssten verändert werden hin zu mehr Selbständigkeit des/der Mitarbeiters/in. Fraglich sei aber, wie und auf wessen Kosten dies in der bestehenden Wirtschaftsstruktur realisiert werden könne.

Workshop 3: Demografische Entwicklung - Perspektiven für die Wirtschaft 2030

Hamburg steht im Wettbewerb (national und international) mit anderen Großstädten und Metropolregionen um die Zuwanderung von jungen Familien, qualifizierten Arbeitskräften und Unternehmen. Darüber hinaus ist Hamburg Teil einer Metropolregion mit rd. 5 Mio. Einwohnern und erfüllt innerhalb dieser Region eine wichtige Aufgabe als Arbeitsmarkt und Dienstleistungszentrum. In diesem Workshop ging es um die Attraktivität und das Image

Hamburgs für qualifizierte Zuwanderung und Unternehmen unter Berücksichtigung der Zusammenarbeit mit den Umlandkreisen.

3.1 Impuls von Herrn Prof. Dr. Alkis Henri Otto, Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut

Demografische Entwicklung – Perspektiven für die Wirtschaft 2030

11.09.2014

Agenda

1. Impulsreferat Prof. Dr. Alkis Henri Otto, HWWI & HSBA
2. Impulsreferat Dr. Dirk Süß, Handelskammer Hamburg
3. Diskussion
4. Sammlung der Hauptergebnisse



HSBA HAMBURG SCHOOL OF
BUSINESS ADMINISTRATION



Demografische Entwicklung – Perspektiven für die Wirtschaft 2030

Prof. Dr. Alkis Henri Otto
HWWI, HSBA

Demografische Entwicklung: Unsicherheit 1

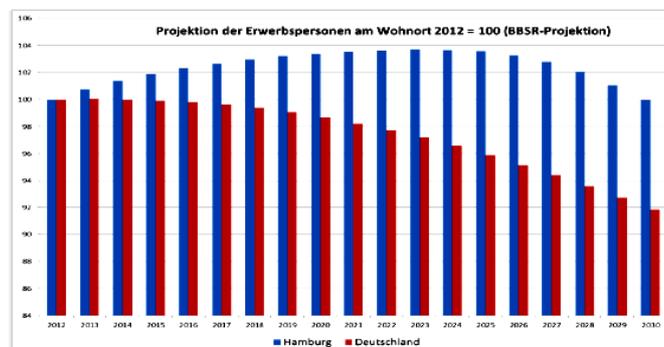
- Nationale Bevölkerungsvorausberechnungen sind sehr unsicher (v.a. Migrationsströme)
- Nationale Trends können nur bedingt auf den *regionalen Kontext* übertragen werden. (Binnenwanderung und Beeinflussbarkeit durch Politik)
- Unsicher ist die Bevölkerungsentwicklung in Hamburg, relativ sicher ist Alterung der Stadtgesellschaft

Demografische Entwicklung: Unsicherheit 2

Modellrechnung der Bevölkerungsentwicklung des Statistischen Landesamtes Hamburg von 1988, (**tatsächlicher Wert** oder *aktuelle Vorausberechnung*):

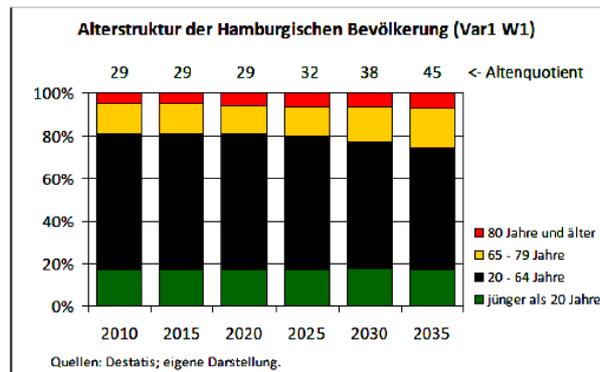
- 1990: 1,53 Mio. (**1,65** Mio.)
- 2000: 1,45 Mio. (**1,71** Mio.)
- 2010: 1,35 Mio. (**1,79** Mio.)
- 2020: 1,27 Mio. (1,84 Mio.)
- 2030: 1,22 Mio. (1,85 Mio.)

Demografische Entwicklung: Erwerbspersonen



Quelle: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), Raumordnungsprognose 2030, Bevölkerung, private Haushalte, Erwerbspersonen, Analysen Bau.Stadt.Raum, Band 9, Bonn 2012.

Demografische Entwicklung: Altenquotient



Handlungsfelder

Zwei Typen für Strategien:

1. **Vermeidung:** Verjüngung der Altersstruktur/ Sicherung des Arbeitsangebotes
2. **Anpassung:** Organisation der städtischen Gesellschaft und Wirtschaft bei einer älteren Bevölkerung

Verjüngung der Altersstruktur / Sicherung des Arbeitsangebotes

- Förderung der qualifizierten Zuwanderung / Migrationspolitik
- Attraktivität für relativ junge Inländer erhöhen

Zentral: **Attraktives Angebot an Arbeitsplätzen und Wohnraum**

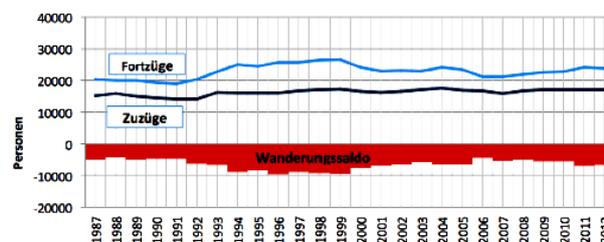
Verjüngung der Altersstruktur / Sicherung des Arbeitsangebotes

- Hohe Produktivität der arbeitenden Bevölkerung gibt größere Spielräume bei Konsum vs. Familien-/Freizeitentscheidung
- **Qualifizierung und Ausbildung** sind wesentliche Zukunftsstrategien zur Stärkung der Innovationskraft und Vermeidung eines Fachkräftemangels.

Anpassung: Leben in einer älteren Stadtgesellschaft

1. Angebotsseite: Sicherung des Arbeitsangebotes durch verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie
2. Nachfrageseite: Änderung des Konsums

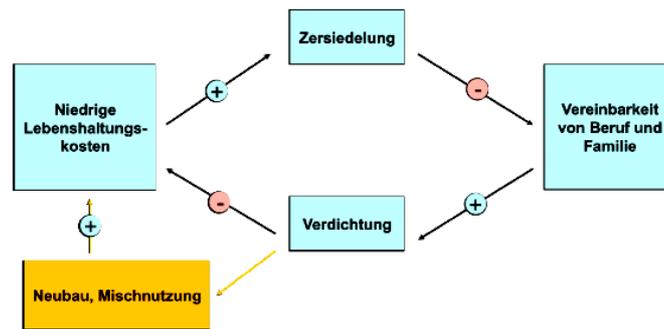
Vereinbarkeit von Beruf und Familie - Umlandwanderung



Umlandkreise: Pinneberg, Segeberg, Herzogtum Lauenburg, Stade, Harburg, Stormarn.

Quelle: Statistikamt Nord (1990, 2000, 2014): Statistisches Jahrbuch Hamburg (verschiedene Jahrgänge), eigene Berechnungen.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie 1



Vereinbarkeit von Beruf und Familie 2

- Ausbau der Betreuungsangebote (Kinder und Ältere)
- Engere Verzahnung von Wohnen und Arbeiten in der Stadt (Stadtentwicklung)
- Beschleunigung der Pendelverkehre (Verkehrspolitik)

Demografie und Konsum / Wirtschaftsstruktur

- Konsummuster Älterer sind häufig nicht grundverschieden, aber innerhalb der Gütergruppen anders
- Ältere konsumieren mehr Pflege
- Aber: Einkommen der Rentempfänger niedriger
- Auswirkungen für Stadtteil- und Nahversorgung?
- Kein Planungsbedarf, sofern Marktkräfte wirken können

Politikfelder und Ansätze

- Aktive Strategie für Bevölkerungsentwicklung: Kann und *soll* Hamburg stärker als prognostiziert wachsen?
- Hierauf abgestimmte Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik
- Innovations- und Bildungspolitik
- Anpassungsfähige Strategie: Monitoring und Betrachtung der Entwicklung alle drei Jahre

3.2 Impuls von Herrn Dr. Dirck Süß, Handelskammer Hamburg



Handelskammer Hamburg

Wirtschaftspolitik

Herzlich willkommen



GL



Handelskammer Hamburg

Wirtschaftspolitik

Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Wirtschaft

- **Veränderte Nachfrage** der Konsumenten nach Waren und Dienstleistungen
 - ⇒ Herausforderung für Unternehmen, sich darauf einzustellen
- **Verändertes Arbeitskräfteangebot**
 - ⇒ erforderliche Anpassung von Rahmenbedingungen (durch Politik, Verwaltung und Wirtschaft)

GL



Demografischer Wandel und Fachkräftemangel

Laut aktueller Konjunkturbefragung unserer Handelskammer sehen **29,9 Prozent** der befragten Hamburger Unternehmen im **Fachkräftemangel** eines der größten **Geschäftsrisiken** für die kommenden zwölf Monate.

⇒ Das Thema **Fachkräftesicherung** ist also bereits heute brandaktuell.

Quelle: www.hk24.de/konjunktur



Fachkräftemonitor Hamburg unter www.hk24.de/demografie

Fachkräftemonitor Hamburg
Das Instrument zur Analyse von Fachkräfteangebot und -nachfrage in Hamburg sowie in verschiedenen Branchen bis zum Jahr 2030.

Ermitteln Sie mit dem **Fachkräftemonitor Hamburg** schnell und kostenfrei:

- Berufe** Wie sieht die konkrete Fachkräftesituation in den einzelnen akademischen und beruflich qualifizierten Berufsgruppen aus?
- Branchen** Wie stellt sich die Fachkräftesituation in Ihrer Branche dar?
- Zeit** Wie entwickelt sich Fachkräfteangebot und -bedarf insgesamt und in einzelnen Berufsgruppen?
- ausführliche Informationen**

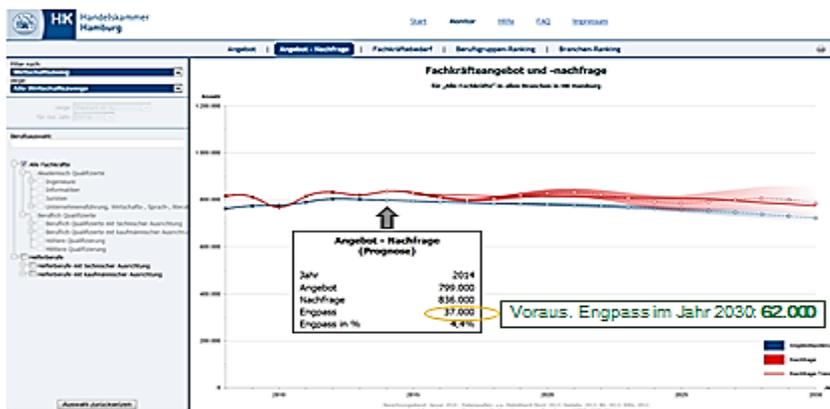


Fachkräftemonitor starten

Fragen und Antworten (FAQ)
Methodik



Fachkräfteangebot und -nachfrage in Hamburg





HK Handelskammer Hamburg

Wirtschaftspolitik

Analysetools unserer Handelskammer zum Thema „Demografischer Wandel“

- Fachkräftemonitor Hamburg**
 Interaktive Webanwendung, in der die berufs- und wirtschaftszweigspezifische Fachkräfteentwicklung in der Hansestadt visualisiert und vergleichbar dargestellt werden kann (Wirtschaftsforschungsinstitut WIRFOR)
- Demografie-Rechner – Belegschaft im Wandel**
 Der excelbasierte Demografierechner der Handelskammer zeigt aus den Blickwinkeln von Unternehmen, Branchen und Regionen, ob ein Betrieb fit für den demografischen Wandel ist.
- Arbeitsmarktbarometer**
 Jährliche Mitgliederbefragungen zum Thema Fachkräftemangel /-sicherung

Quelle: www.hk24.de/demografie

GLUE

HK Handelskammer Hamburg  

Wirtschaftspolitik 

Positionspapier „Demografischer Wandel in Hamburg: Handlungsbedarf aus Sicht unserer Handelskammer“ (2009)

- **Zuwanderung** bedarfsgerecht gestalten
- **Attraktive Wohn- und Gewerbeflächen** anbieten
- **Integration** von Kindern mit Migrationshintergrund sowie **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** fördern
- **Duale Berufsausbildung** und **Lebenslanges Lernen** stärken
- **Gesundheit** fördern
- **Vielfalt** als Chance nutzen

Quelle: www.hk24.de/demografie



HK Handelskammer Hamburg  

Wirtschaftspolitik 

Serviceangebote unserer Handelskammer zum Thema „Demografischer Wandel“

- **Duale Berufsausbildung**
hervorragendes Instrument für ausbildende Unternehmen, um langfristig und kontinuierlich den eigenen Fachkräftebedarf zu sichern. 
- **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**
Engagement unserer Handelskammer bei verschiedenen Projekten und Initiativen, die familienfreundlichere Rahmenbedingungen zum Ziel haben (u. a. Mitinitiator der „Hamburger Allianz für Familien“, welche unter anderem das „Hamburger Familiensteiger“ vergibt) 
- **Frauen in der Wirtschaft**
u. a. Netzwerkveranstaltungen „etrittu – Existenzgründerin trifft Unternehmerin“, „Frauen im Blick“, Hamburger Unternehmerinnentage, Helga-Stödter-Preis unserer Handelskammer für Mixed Leadership 
- **Betriebliches Gesundheitsmanagement**
u. a. „Fit in Hamburg“, eine Initiative unserer Handelskammer, die in einem Kompetenznetzwerk Experten der Gesundheitsförderung vereint. 

Quelle: www.hk24.de/demografie



3.3 Diskussion

In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass das Demografie-Konzept zu wenig die Bedeutung der Metropolregion berücksichtige. Hamburg müsse lernen, in größeren Kategorien zu denken und enger mit dem Umland zusammenarbeiten (z. B. Umgang mit Pendlern). Dabei sei zu bedenken, dass das Pendlerwesen ökologisch und ökonomisch nicht immer sinnvoll ist.

Die engere Verbindung von Wohnen und Arbeit sei ein wegweisendes Zukunftsmodell (siehe dazu bspw. Rothenburgsort). Dazu sei ein intensiver Meinungsaustausch aller Beteiligten notwendig. Neue Wege der Kooperation seien zu beschreiten.



Baurechtliche Vorschriften sollten vereinfacht werden. Die Flächennutzung sei zu intensivieren. Preiswerter Wohnraum für junge Menschen fehle.

Die Aus- und Fortbildung von Fachkräften sei zu fördern. Es fehlten die entsprechend beruflich qualifizierten Arbeitskräfte. Die öffentliche Wahrnehmung sehe bei diesem Thema anders aus.

Der vorhandene Fachkräftemangel werde nicht ausreichend in der Öffentlichkeit wahrgenommen, dabei handele es sich um eines der größten Geschäftsrisiken. Eine Intensivierung der beruflichen Fortbildung sei notwendig. Das Wirken der Berufsagenturen sei positiv zu beurteilen. Qualifizierung und eine gute Ausbildung seien wichtige Zukunftsstrategien.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bzw. Beruf und Privatleben sei zu unterstützen. Es wird auf die Hamburger Allianz für Familien verwiesen.

Es werden Instrumente für eine Steuerung der Zuwanderung vermisst. Es sei notwendig, attraktive Arbeitsplätze und bezahlbare Wohnungen anzubieten. Eine interkulturelle Öffnung des Arbeitsmarktes wird gefordert. Eine Diskriminierung wegen Alters oder der Herkunft dürfe nicht stattfinden. Eine gute Ausbildung im Herkunftsland nütze nichts, wenn diese in Deutschland nicht anerkannt werde. Evtl. müsse man in Deutschland auf Standards bei den Qualifikationen verzichten.



Workshop 4: Wohnen im Quartier 2030

Im Mittelpunkt dieses Workshops stand die Lebensqualität in den Quartieren für alle Generationen. Es ging um die Anforderungen, die demografische Veränderungen an den Wohnraum, aber auch an das Wohnumfeld stellen. Gleichzeitig wurde das soziale Miteinander in der Nachbarschaft und im Quartier in den Blick genommen.

4.1 Impuls von Herrn Prof. Dipl.-Ing. Jörn Walter, Oberbaudirektor der Freien und Hansestadt Hamburg



Das gewählte Motto des Konzeptes „Mehr. Älter. Vielfältiger“ sei sehr passend. Der Wohlfahrtsstaat könne nicht mehr alle Probleme vor Ort lösen, mehr freiwillige Hilfe sowie aktive Nachbarschaftshilfe seien notwendig.

Wohnung: Die Beseitigung von Barrieren werde immer wichtiger. Dies sei eine große Herausforderung für die Wohnungswirtschaft.

Smart-City: Digitale Medien könnten die Lebensqualität erhöhen (Einkaufsdienste), das persönliche Sicherheitsgefühl könne gesteigert werden.

Durchmischung: In den Stadtquartieren sollte eine Durchmischung nach Sozial- und Altersgruppen erfolgen, unterschiedliche Nutzungen sollten flexibel möglich sein (z. B. bei den Bereichen „Arbeit“ und „Wohnen“). Ein gemischtes Quartier sei in sich stabiler und resilienter. Zur Förderung von Nachbarschaftshilfe brauche es die Durchmischung von Sozial- und Altersgruppen.

Öffentliche Räume: Eine zunehmende Barrierefreiheit im Alltag sei wünschenswert, nicht immer sind jedoch alle Wünsche zu erfüllen. Die Vielfältigkeit der Bevölkerung führe auch zu unterschiedlichen Bedürfnissen. Bauliche Barrieren zu vermeiden sei teuer und müsse von der Öffentlichkeit mitgetragen werden (Hochbahn, Parks, neue Quartiere). Es müsse auf unterschiedlichen Ebenen angesetzt werden.

Wohnungswirtschaft: Modelle der Zusammenarbeit seien zu optimieren (Beispiel Rothenburgsort). Der Aufbau eines dauerhaften Quartiersmanagements sei notwendig und eine Förderung von lebenswerten Wohnumwelten wünschenswert, ebenso eine Integration von altersgerechten Wohnungen im Quartier erforderlich. Das „Bündnis für Wohnen“ bilde einen sehr ambitionierten Ansatz, welcher bisher schon vieles bewegt habe. Die SAGA gehe viele Probleme „vor Ort“ an. So sei die Arbeit der Quartiersmanager der SAGA vorbildlich.

4.2 Impuls von Herrn Willi Hoppenstedt (SAGA/GWG)

Das Demografie-Konzept gebe wichtige Anregungen zum demografischen Wandel. Bis 2030 sei mit einem Plus von 9 % im Wohnungsbestand (bei Bau von 6.000 Wohnungen im Jahr) zu rechnen. Das „Bündnis für Wohnen“ biete eine gute Kommunikationsplattform, um gemeinsam Lösungen zu finden und zu planen.

Seniorenwohnungen sollten auch in nachgefragten Wohngebieten errichtet werden. 15 % der Wohnungen der SAGA sind barrierearm. Eine „nachbarschaftsorientierte Vermietung“ erleichtere den sehr wichtigen sozialen Mix und die Integration einzelner Gruppen. Es sollen immer die Wohnungsgrößen gebaut werden, die im Quartier fehlen. Barrierefreie



„nutzungsneutrale“ Grundrisse sind bei Neubau ideal, eine energetische Modernisierung des Bestands sei notwendig (trotz höherer Kosten).

Räume für Nachbarschaftshilfe sind zu schaffen (Gemeinschafts-, Bürgerräume, z.B. abendliche Nutzung von Schulen). Die Gesundheitsversorgung vor Ort sei zu verbessern. Ein attraktiver öffentlicher Nahverkehr sei wichtig für die Lebensqualität, ebenso Sport- und Freizeitangebote.

„Nachbarschaftsorientierte Vermietung“: Sozialwohnungen könnten auch von Menschen mit höherem Einkommen bezogen werden.

Es gebe eine individuelle Unterstützung von Mietern bei der SAGA, um den Umzug älterer alleinstehender Menschen von zu großen in kleinere Wohnungen zu erleichtern. Leider sind bei manchen Vermietern die neuen kleineren Wohnungen teurer als die alten großen Wohnungen.

Die SAGA beteilige über Befragungen die Bewohner an der Ausrichtung des Unternehmens (u.a. jährliche Wohnungszufriedenheitsanalyse). Es wird auf die sozialen Aktivitäten der SAGA durch die eigene „Stiftung Nachbarschaft“ zur Unterstützung von Mieterinitiativen verwiesen. Zudem werden neue Wohnmodelle (wie z.B. LeNa) vorgestellt. Bei LeNa handele es sich um ein integriertes Wohnkonzept, welches ein normales Wohnangebot mit der sicheren Präsenz eines Pflegedienstes im Gebäude und mit einem ehrenamtlich geführten Stadtteilcafé verbindet. Auch aufsuchende Hausbesuche sind vorgesehen.

Eine funktionierende Nachbarschaft sei der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben in der eigenen Wohnung. Mit dem „Bündnis für die Quartiere“ wird eine nachhaltige integrierte Stadtteilentwicklung fortgeschrieben.

4.3 Diskussion

Geschäfte im Quartier:

Einzelhandelsgeschäfte schließen zunehmend im Stadtteil. Einige Einkaufszentren seien in einem schlechten Zustand. Gerade für Ältere bedeute Einkaufen auch ein soziales Erlebnis. Der Bau von Zentren „auf der grünen Wiese“ sei zumindest vorbei. Es werde versucht, bei Neubauten im Erdgeschoss Flächen für Geschäfte einzuplanen (siehe HafenCity). Die Wohnungsbaugesellschaften springen in Einzelfällen ein (siehe EKZ Mümmelmannsberg), da sonst kaum Infrastruktur/ Versorgungsmöglichkeiten in



dem großen Stadtteil bestünden. Probleme gebe es eher in der Peripherie der Stadt als im Zentrum.

Kosten: Die hohen Baukosten seien bei Umsetzung einer vollständigen Barrierefreiheit häufig nicht mehr zu tragen. Wichtig sei es, die Grundkomponenten der Barrierefreiheit früh einzuplanen, eine vollständige DIN-Berücksichtigung sei nicht immer notwendig. Bei Neubauten sollten Grundkriterien berücksichtigt werden, wie bspw. Wendekreis im Bad, Fahrstuhl etc. Energetische und sonstige Auflagen addierten sich. Mehr Auflagen könnten bedeuten, dass es weniger geförderten Wohnraum gibt.



Weitere Diskussionspunkte:

Es sind häufig kleinräumige Maßnahmen notwendig, um Barrieren zu überwinden (z. B. Probleme bei der Benutzung von Rollatoren bei Hindernissen). Geschlossene Behindertentoiletten behindern Mobilität. Der schlechte Zustand von Straßen und Wegen ebenso. Es sei Aufgabe der Stadt, die Voraussetzungen für Mobilität zu schaffen (ÖPNV), soweit es die finanziellen Ressourcen ermöglichen. Es wird darauf hingewiesen, dass in Deutschland ein Infrastrukturproblem bestehe und „Milliardeninvestitionen“ erforderlich seien. Es sei wichtig, klare Entscheidungen zu treffen, wo investiert werden soll.

Die Wohnungswirtschaft kooperiere in Hamburg gut. Wichtig sei bei Neubauten ein Größenmix. Eine Stärkung der Wohnungsbaugenossenschaften sei sinnvoll. 20% der Grundstücksvergaben erfolge an Baugemeinschaften. Barrierefreies Umbauen sei mindestens so wichtig wie Neubauten, aber dort seien die Handlungsmöglichkeiten größer. Es gebe aber auch Grenzen, z.B. könne es nicht in allen kleinen Mietshäusern einen Aufzug geben.

Es wird die Frage diskutiert, wie die Quartiere in der Zukunft aussehen sollen. Der Fokus müsse auf altersgerechtem, weniger auf altengerechtem Bauen liegen.



Es wird die Frage diskutiert, ob die Menschen wirklich alle in die Stadt ziehen und dafür ggf. ihr Eigenheim auf dem Land billig verkaufen müssen. Sollten wir nicht eher „Entwicklungshilfe“ auf dem Land leisten? Technik, die einen Verbleib auf dem Land ermöglicht, gebe es und werde es zunehmend geben (selbststeuernde Autos, Telemedizin). Arbeitsplätze für Jüngere gebe es eher in der Stadt, aber „Smart City“ habe auch Potenziale (Verkehr, Versorgung, Vernetzung) für den eher ländlichen Raum.

Aus dem Teilnehmerkreis wird mit Bezug auf den Input von Herrn Hoppenstedt darauf hingewiesen, dass auf dem Wohnungsmarkt häufig eine „Fehlbelegung“ vorliege:

Alleinstehende haben zu große Wohnungen, die eher von Familien nachgefragt werden. Angesichts der Umzugskosten wird aus dem Teilnehmerkreis vorgeschlagen, den Wohnungstausch finanziell zu fördern.



Es wird über Chancen und Risiken neuer Medien diskutiert. Für nachfolgende Generationen wird die Benutzung moderner Kommunikationsmittel auch im Alter selbstverständlich sein. Dies könne einer drohenden Vereinsamung entgegenwirken. Es wird darauf hingewiesen, dass Beteiligungsprozesse in Wohnprojekten viel Zeit in Anspruch nehmen. Es lohne sich jedoch, um innovative Wohnmodelle zu entwickeln.

Als Fazit wird hervorgehoben, dass Quartiere stabil gehalten werden müssen. Durchmischte Quartiere schaffen für alle Lebensalter und alle sozialen Gruppen die Chance, am Leben teilzunehmen und gegenseitige Hilfe und gute Nachbarschaften im Quartier zu organisieren. Soziale Netzwerke sind besonders wichtig, da 80 % aller Hamburgerinnen und Hamburger in Ein- oder Zwei-Personen-Wohnungen leben (54 % Ein-Personen-Wohnung, 26 % Zwei-Personenwohnung).

Workshop 5: Bildung 2030

Bildung und lebenslanges Lernen tragen wesentlich dazu bei, dass die Gesellschaft insgesamt den Herausforderungen durch demografische Veränderungen begegnen kann. Wie sich der demografische Wandel auf Schule, Berufsbildung, Studium, berufsbegleitendes und nachberufliches Lernen auswirkt und was dies für das Bildungswesen in Hamburg bedeutet, war Gegenstand dieses Workshops.



5.1 Impuls von Herrn Dr. Uwe Heinrichs, Behörde für Schule und Berufsbildung

A Attraktivität des Bildungswesens für Familien und Kinder sicherstellen

Der Auftrag der Schule ist es, alle Schülerinnen und Schüler bis zur vollen Entfaltung ihrer Leistungsfähigkeit zu fördern und ihnen eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Dazu sind Benachteiligungen auszugleichen.

Demografische und gesellschaftliche Veränderungen betreffen das Schulwesen unmittelbar:

- Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler in Hamburg wird gegen den Trend in der Bundesrepublik weiter wachsen. Wir werden 2030 mehr Schüler und Schülerinnen als heute haben.

- Die Schülerschaft wird insgesamt vielfältiger.
- Die sich verändernden gesellschaftlichen und beruflichen Anforderungen verlangen ein darauf bezogenes Bildungswesen.

Ein qualitativ hochwertiges, akzeptiertes Bildungswesen ist zentral für den Standort Hamburg und die Wahl des Wohnorts, zum Beispiel durch junge Familien. Die Ziele, Strategien und Maßnahmen Hamburgs, um weiterhin sein qualitativ hochwertiges allgemeinbildendes Bildungsangebot abzusichern und auszubauen, werden in vier Domänen dargestellt:

I Sicherstellung eines qualitativ hochwertigen Bildungsangebots und dessen Weiterentwicklung

Hamburg bietet jungen Familien im Jahr 2030 wie auch schon heute ein qualitativ hochwertiges schulisches Bildungsangebot. Dieses ist so gestaltet, dass Schülerinnen und Schüler in ihren unterschiedlichen individuellen Fähigkeiten und Begabungen, Interessen und Neigungen gestärkt und bis zur vollen Entfaltung ihrer Leistungsfähigkeit gefördert und gefordert werden.

Im Jahr 2030 ist das in Hamburg vergebene Abitur bundesweit vergleichbar. Nahezu alle Hamburger Schülerinnen und Schüler ohne sonderpädagogischen Förderbedarf erreichen einen Schulabschluss, davon ein möglichst hoher Anteil die allgemeine bzw. Fachhochschulreife. Weitaus mehr Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf als heute erlangen einen Abschluss. Die Auswirkungen der sozioökonomischen wie geografischen Herkunft auf den schulischen Erfolg sind minimiert.

Zur kontinuierlichen Überprüfung und Weiterentwicklung der Ergebnisse schulischer Arbeit werden zusätzlich zur Teilnahme an internationalen Vergleichsstudien wie PISA standardisierte Verfahren zur Kompetenzermittlung eingesetzt. Der Unterricht und andere zentrale schulische Prozesse werden in regelmäßigen Zyklen durch die Hamburger Schulinspektion evaluiert.

II Bereitstellung eines flächendeckenden Angebots ganztägiger Betreuung

Die Attraktivität Hamburgs für junge Familien hängt auch vom zur Verfügung stehenden Betreuungsangebot für die Kinder ab. Durch die vom Senat beschlossene Einführung eines ganztägigen Bildungs- und Betreuungskonzepts an allen Hamburger Schulen ab dem Schuljahr 2013/2014 bietet Hamburg schon jetzt gute Betreuungsbedingungen.

Im Jahr 2030 steht dieses ganztägige Betreuungsangebot flächendeckend und qualitativ hochwertig allen interessierten Eltern zur Verfügung. Schülerinnen und Schüler aller Schulformen bis zum 14. Lebensjahr (also bis mindestens einschließlich Jahrgang 8) können von montags bis freitags und in den Ferien ein komplettes Angebot von 6.00 Uhr bis 18.00 Uhr nutzen.

Das umfangreiche, bestehende Ganztagsangebot und seine qualitative Weiterentwicklung richten sich an alle Kinder und ihre Familien. Ganztägige Bildung und Betreuung bieten durch einen längeren zeitlichen Rahmen bessere Möglichkeiten zur Förderung der individuellen Bildungsbiographie und der sozialen Entwicklung aller Kinder. Den Eltern bietet das Ganztagsangebot einen verlässlichen Rahmen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

III Individuelle Förderung und Verwirklichung von Chancengerechtigkeit

Bildung und Erziehung sind in Hamburg im Jahr 2030 noch umfassender auf die Nutzung von individuellen Stärken und Kompetenzen sowie auf die Verwirklichung von Chancengerechtigkeit ausgerichtet. In Hamburgs Schulen werden Diversität und Verschiedenheit wertgeschätzt und als förderliche Komponenten des gemeinsamen Lernens genutzt.



Die Tradition und der besondere Stellenwert der Förderung begabter und talentierter Kinder und Jugendlicher werden fortgeführt und ausgebaut. Im Jahr 2030 haben alle Hamburger Schulen ihren Unterricht den individuellen Voraussetzungen der Schülerinnen und Schüler so angepasst, dass eine optimale Begabungsentwicklung möglich ist.

Durch Individualisierung sowie angemessene sonderpädagogische Förderung und Unterstützung erhalten Kinder und Jugendliche mit Behinderungen ein Bildungsangebot, das den Standards der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in vollem Umfang entspricht. Dabei hat die Sicherung und Verwirklichung des Elternwahlrechts zwischen den allgemeinen und speziellen Schulen oberste Priorität. Unterrichtsimmanente und additive Förderangebote wie die Sprachförderung, die Lernförderung sowie die außerunterrichtlichen Lernhilfen helfen das Entstehen eines sonderpädagogischen Förderbedarfs zu vermeiden.

IV. Grundbildung, Vermittlung schriftsprachlicher Kompetenzen im Lesen und Schreiben

Die im Jahr 2030 geltenden Rahmenpläne für alle Fächer aller Schulformen fokussieren explizit Methoden zur Vermittlung schriftsprachlicher Kompetenzen im Lesen und im Schreiben. Präventive Fördermaßnahmen wie das 2005/2006 eingeführte Hamburger Sprachförderkonzept sind im Jahr 2030 an die gesellschaftlichen Bedingungen und wissenschaftlichen Erkenntnisse angepasst worden. Sie sind fester Bestandteil der Lernförderung.

Vermag die schulinterne Förderung ausgeprägte Lernschwierigkeiten nicht zu beheben, werden betroffene Schülerinnen und Schüler zusätzlich auch außerhalb des Unterrichts gefördert, so dass sie weiterhin am Unterricht teilnehmen können.

Es gibt spezielle schulische Angebote für neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler ohne ausreichende Deutschkenntnisse, die noch nicht oder in einer anderen Schrift alphabetisiert wurden. Diese werden durch Angebote für nicht alphabetisierte Mütter und Väter gezielt ergänzt.

B Darstellung eingeleiteter Maßnahmen zur Qualitätsverbesserungen für den Unterricht

Die empirischen Studien, in denen seit Ende der 1990er Jahre die Leistungen von Schülerinnen und Schülern wissenschaftlich genau untersucht wurden, konzentrierten sich auf den Zusammenhang zwischen schulischen Leistungen und einzelnen schulischen Faktoren. Viele Untersuchungen relativierten den Einfluss der Schulstruktur. Sie entdeckten

vielmehr im Unterrichtsgeschehen selbst entscheidende Erfolgsfaktoren für schulisches Lernen. Zuletzt hat der Neuseeländische Wissenschaftler Prof. John Hattie in einer öffentlich stark beachteten Untersuchung die Bedeutung des Unterrichtsgeschehens für den Lernerfolg hervorgehoben.

Diese Untersuchungen und auch die Hamburger Schulinspektion kamen zu dem Ergebnis, dass sich die größten Unterschiede im Lernzuwachs nicht zwischen Schulen oder Schulformen zeigen, sondern zwischen einzelnen Klassen, und das bedeutet: zwischen einzelnen Lehrkräften. Das Wirken der Lehrkräfte im konkreten Unterrichtsgeschehen hat eine zentrale Bedeutung für den Lernerfolg. Die herausragende Bedeutung des Lehrerhandelns in der konkreten Unterrichtssituation (classroom management) wurde in vielen Fallstudien nachgewiesen.

In den letzten Jahren wurden die Rahmenbedingungen für guten Unterricht daher durch eine bessere Personalausstattung der Schulen und kleinere Schulklassen verbessert. Damit haben die Lehrkräfte im Unterricht mehr Zeit, sich auf die Unterstützung einzelner Schülerinnen oder Schüler zu konzentrieren und mehr Zeit den Unterricht vor- und nachzubereiten.

Ein Vergleich zwischen 2011 und 2014 zeigt eine Steigerung um 997 Lehrerstellen (+8,5 Prozent) sowie 399 Erzieher- und Sozialpädagogenstellen (+31,6 Prozent) an den allgemeinbildenden Schulen. Knapp 500 dieser zusätzlichen Stellen wurden zum Ausgleich der gestiegenen Schülerzahlen geschaffen, über 900 kommen direkt der Qualitätsverbesserung zugute.

Die zusätzlichen Stellen wurden in etwa zu gleichen Teilen fast ausschließlich den Grund- und Stadtteilschulen zugewiesen und verbesserten deren Personalausstattung: Rund ein Drittel der zusätzlichen Stellen werden eingesetzt, um kleinere Klassen an Grund- und Stadtteilschulen einzurichten sowie mehr Zeit für den Unterricht zu ermöglichen. Rund ein Drittel der zusätzlichen Stellen kommt der Inklusion zugute. Ein weiteres Drittel der zusätzlichen Stellen wird für die neuen Ganztagsangebote eingesetzt. Für die Nachmittagsangebote durch die Träger der Jugendarbeit an den Schulen (GBS) stehen zusätzlich weitere 70 Millionen Euro mehr zur Verfügung als im Jahr 2011.

Die empirischen Studien belegen auch, dass eine sorgfältige Betrachtung der Qualität des Unterrichts und seiner Ergebnisse notwendig ist. Daher prüft die Schulinspektion heute genauer und ausführlicher die Unterrichtsqualität an jeder Schule. Darüber hinaus schreiben jetzt alle Hamburger Schülerinnen und Schüler in den Klassenstufen 2, 3, 5, 7, 8 und 9 einen landesweiten Test (KERMIT) in den Kernfächern, der den Lehrkräften wichtige Rückmeldungen über Leistungsstand und Unterrichtserfolg bietet. Zentrale Abschlussprüfungen, insbesondere das neue landesweite Zentralabitur in 27 Fächern sowie der Vergleich von Vor- und Endnote in den Prüfungen ermöglichen ebenfalls eine Analyse des Unterrichtserfolges. Die in 2014 erstmalige Einführung bundesweit gleicher Aufgabenteile ermöglicht jetzt auch einen regelmäßigen Vergleich der Unterrichtsergebnisse über die Ländergrenzen hinweg. Überdies bekommen Schulen und Lehrkräfte jedes Jahr präzise Zahlen zum erfolgreichen Übergang ihrer Schülerinnen und Schüler in eine Ausbildung oder in die Oberstufe. Und erstmals wird auch der Unterrichtsausfall sorgfältig überprüft.

Mit der in Hamburg nahezu flächendeckenden Einführung der Ganztagschule ist ein weiterer Schritt zu mehr Bildungschancen für alle Schülerinnen und Schüler gegeben, der eine breite Akzeptanz bei den Eltern gewonnen hat. Die Sprech- und Schreibfähigkeit der Lernenden ist von zentraler Bedeutung für den Lernerfolg. Daher wurden zur Verbesserung

der Rechtschreibung ein verbindlichen Basiswortschatz und eine praxisnahe Handreichung für guten Rechtschreibunterricht entwickelt sowie darauf bezogene Fortbildungen organisiert. Um die Begabtenförderung zu verbessern, werden gezielt Koordinatoren für jede weiterführende Schule ausgewählt und fortgebildet. Schulen in besonders benachteiligten

Stadtteilen werden von einem neu eingerichteten externen Team aus besonders erfahrenen Lehrkräften unterstützt, das gemeinsam mit den Lehrkräften der Schule den Unterricht reflektiert und weiterentwickelt.

5.2 Impuls von Herrn Thomas Schröder-Kamprad, Behörde für Schule und Berufsbildung

Leistungsfähigkeit der beruflichen Bildung weiterentwickeln

Berufsausbildung

In der Berufsausbildung geht es auch 2030 um die Verbesserung des Übergangs von der Schule in den Beruf. Grundlegend hierfür ist eine frühzeitige, systematische, individuelle und betriebsnahe Berufs- und Studienorientierung in den allgemein-bildenden Schulen. Mit der Jugendberufsagentur steht in Hamburg schon heute eine Einrichtung zur Beratung, Begleitung und Unterstützung bei Fragen zum Einstieg in die Berufsausbildung, das Studium und den Beruf zur Verfügung. Im Jahr 2030 stellt die Jugendberufsagentur verbindlich und flächendeckend sicher, dass jede Schülerin und jeder Schüler eine fundierte berufliche

Orientierung hat und ein passgenaues Angebot für einen gesicherten Anschluss nach dem Schulabschluss erhält. Denn Niemand soll zurückbleiben.

Kooperation Hamburgs mit dem Umland und anderen Bundesländern

Derzeit stammen ca. zwei Fünftel der Schülerinnen und Schüler an Hamburger Berufsschulen nicht aus Hamburg. Im Jahr 2030 ist dem demografischen Trend zufolge mit einem überproportionalen Rückgang dieser Schülerinnen und Schüler zu rechnen. Dadurch verbessern sich die Chancen Hamburger Schülerinnen und Schüler auch auf besonders nachgefragte Ausbildungsgänge. Viele Betriebe bleiben aber weiterhin auf qualifizierte Bewerber außerhalb von Hamburg angewiesen. Die Kooperation mit anderen Bundesländern (vor allem im Norden) ist auszubauen.

Berufliche Weiterbildung

Die Arbeitswelt wird sich in den nächsten 10-15 Jahren gravierend verändern: Roboter, lernende Maschinen und Computersysteme werden zunehmend die Arbeitswelt beherrschen. Das erfordert von Betrieben und Beschäftigten lebensbegleitende Weiterqualifizierung in immer kürzeren Zyklen. Hier sind beide Seiten gefordert. Die Unternehmer und Betriebe mit ihrer Verantwortung zur Personalentwicklung und beruflichen Weiterbildung sowie die Beschäftigten mit dem Ausschöpfen dieser Qualifizierungsangebote zur Einbringung in ihren Arbeitsbereich.

Gelebte Willkommenskultur

Hamburg wird sein Bildungswesen im Jahr 2030 weiterhin so ausgestaltet und weiterentwickelt haben, dass es der deutlich wachsenden Vielfalt der Nutzerinnen und Nutzer gerecht wird. Schon heute verfolgt das Hamburger Bildungswesen das Ziel, Schülerinnen und Schüler zu befähigen, sich in der von kultureller, sprachlicher und sozialer Heterogenität geprägten Gesellschaft zu orientieren und aktiv an ihrer Gestaltung teilzuhaben. Für zugewanderte Erwachsene gibt es sowohl heute als auch 2030 ein differenziertes Sprachlernangebot in Hamburg.



Umgang mit Diversität (z.B. interkulturelle Kompetenzen in der Arbeitswelt fördern)

Die Arbeitswelt ist zunehmend darauf angewiesen, dass ihre Beschäftigten die nötigen Kompetenzen erlangen, um mit den Anforderungen von Diversität umgehen zu können. Interkulturelle Kompetenzen gehören zunehmend mehr zu den Schlüsselkompetenzen in einer von Vielfalt geprägten Gesellschaft und in international agierenden Unternehmen (auch im Bereich der klein- und mittelständischen Betriebe!).

Attraktiver Bildungsstandort für ältere Menschen

Kultur des lebenslangen / lebensbegleitenden Lernens stärken

2030 wird das regelhafte Ruhestandsalter deutlich höher liegen. Dafür ist es notwendig, dass Rahmenbedingungen für den Erhalt der Arbeitsfähigkeit in der sich rasant verändernden Arbeitswelt gesetzt werden. Dazu gehört eine entsprechende Offenheit der Unternehmen, die Qualität Älterer zu nutzen sowie die Bereitschaft älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ihre Qualifikationen zu erhalten und sich flexibel kontinuierlich beruflich weiterzubilden. Im Jahr 2030 muss Bildung für alle Lebensalter selbstverständlich sein und als notwendiger kontinuierlicher Prozess begriffen werden.

Engagement Älterer im Bereich Bildung und Erziehung erhöhen

Im Jahr 2030 ist die formale schulische Bildung strukturell mit informellen Bildungsangeboten aus der Region und mit außerschulischen Kooperationspartnern verzahnt. Dazu zählen insbesondere ehrenamtlich tätige, berufserfahrene Erwachsene, die ihre Erfahrungen in ergänzenden Maßnahmen (z.B. in Mentoring- und Patenprojekte) einbringen. Dieses Engagement wird in schulischen Curricula und Strukturen berücksichtigt und organisatorisch unterstützt. Bereits heute sind mehr als 3000 Ehrenamtliche als Familienpaten, Leselernhelfer, Schülercoaches oder Mentoren für den Übergang Schule-Beruf tätig. Insbesondere Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Familien werden in ihrer Persönlichkeitsentwicklung und im Lernen unterstützt.

Erwachsenenbildung in Zeiten des digitalen Wandels

Medienkompetenz aller Generationen stärken

Der digitale Wandel vollzieht sich auch in der Erwachsenenbildung als „stille Revolution“. Medienkompetenz wird zu einer Schlüsselkompetenz werden. Eine Teilnahme z.B. an Bankverkehr, Erwerb von Tickets für Fernbahnen, Nahverkehr und Flug, Einkaufen sowie die Nutzung kultureller Angebote sind ohne sichere Medienkompetenz zur online Nutzung zukünftig nicht mehr möglich. Dabei sind permanent neue technische Medien zu erschließen. Diese Kompetenz ist früh zu entwickeln und stetig weiterzubilden. Ein „Ausstieg“ bzw. ein „Nicht mithalten können“ bei diesem Prozess, birgt die Gefahr „gesellschaftlicher Isolierung“. Gesellschaftliche Teilhabe (bis hin zu politischer Partizipation und Interessenartikulation) ist 2030 nur Menschen möglich, die medienkompetent sind. Gesellschaftliches Leben spielt sich maßgeblich im Netz ab. Wer sich dort nicht bewegen kann, ist ausgeschlossen. Mündige Bürgerinnen und Bürger in der demokratischen Gesellschaft sind medienkompetent.

5.3 Diskussion

Es brauche Mut und Entscheidungsfreude, um dem demografischen Prozess des Wandels begegnen zu können. Die Berufliche Bildung werde im Gegensatz zur Hochschulausbildung in der Bundesrepublik abgewertet. Diese Abwertung könnte sich schlecht auf die Wirtschaft auswirken. Hier müsste stärker Flagge gezeigt werden.

Der Bedarf an Fachkräften betrage 30.000. Dieses Thema sei in der Öffentlichkeit zu wenig bekannt. Die duale Ausbildung könnte ein Ausweg aus der Jugendarbeitslosigkeit sein. Deutschland sei hier weltweit führend. 30% der Abiturienten hätten eine duale Ausbildung.

Die Verwirklichung der Inklusion in der Praxis sei schwierig. Die Lehrer fühlten sich oft mit dieser Anforderung allein gelassen.

Brüche im Bildungssystem: in den allgemeinbildenden Schulen werde ein breites Wissen gefordert. An den Hochschulen werde dann ein stark differenziertes Studium angeboten. Darauf seien die Jugendlichen nicht vorbereitet. Hier sollte überlegt werden, den Bachelor auf eine breite Basis zu stellen und erst im Master-Studium mit der Differenzierung beginnen.



In der Diskussion wird die Frage aufgeworfen, was mit den Schülern und Schülerinnen passiere, die es nicht schafften? Notwendig sei eine Entkopplung zwischen der sozialen Lage und dem Schulabschluss. Hier sind bereits einige Schritte unternommen worden. Den Nachhilfeunterricht haben die Schulen übernommen. 15% aller Schüler und Schülerinnen bekommen Nachhilfeunterricht in der Schule.

Schüler und Schülerinnen, die nicht zur Schule gehen, sollten durch ein aufsuchendes Projekt „aufgefangen“ werden. Hier gibt es eine Rahmenvereinbarung zwischen der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, der Bundesagentur für Arbeit und der Behörde für Schule und Berufsbildung.



Für Menschen ab 60 Jahre passiere nicht mehr viel. Viele könnten sich Bildung nicht leisten. Im Gegensatz zu privaten Einrichtungen gewährten öffentliche Einrichtungen keine Ermäßigungen für ältere Menschen.

Diskutiert wird auch die Frage, was im Zeitalter der digitalen kostenlosen Angebote aus dem Internet mit Einrichtungen wie Bücherhallen und Volkshochschulen passiere. Der PC trete verstärkt neben anderen Medien - wie z.B. das Buch - auf. Müssen diese ihre Präsenz im Internet verstärken? Hier müsse genau geschaut werden, wie digitale Angebote zum schulischen Lernen genutzt werden könnten.



Abschlussstatement durch Frau Staatsrätin Elke Badde, Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Sehr geehrter Herr Dr. Dittmer,
sehr geehrte Frau Haist,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben heute viele verschiedene Aspekte der demografischen Entwicklung in Hamburg und im Bund beleuchtet, Herausforderungen und Chancen diskutiert und über unsere Visionen für ein Hamburg 2030 gesprochen, in dem alle Generationen gut leben können. Dabei ist deutlich geworden, dass Hamburg sich in einer sehr komfortablen Ausgangslage befindet. Denn Hamburg ist eine Stadt, die vor allem viele junge Menschen anzieht und wächst.



Damit dies aber auch so bleibt, dürfen wir die Hände nicht in den Schoss legen – denn diese Entwicklung teilt Hamburg national wie international mit einer Reihe anderer Großstädte und Metropolregionen. Mit dem Demografie-Konzept „Hamburg 2030: Mehr. Älter. Vielfältiger.“ hat der Senat Prognosen und Trends der demografischen Entwicklung aufgezeigt und strategische Ansätze zur Bewältigung der vor uns liegenden Herausforderungen, aber auch zur Nutzung der damit verbundenen Chancen formuliert. Und das ist ein wichtiger Punkt, der auch heute sehr deutlich wurde: Der demografische Wandel ist für Hamburg als generationenfreundliche Stadt keine Bedrohung. Er bietet vor allem zahlreiche Chancen, die es aufzugreifen und nutzen gilt.

Meine Damen und Herren,

mit dem vorliegenden Demografie-Konzept haben wir eine gute Diskussionsgrundlage. Es hat sich gezeigt, dass wir mit unseren strategischen Ansätzen auf dem richtigen Weg sind, dass aber auch noch Einiges zu tun ist. Hierzu haben wir heute viele Impulse von Ihnen erhalten. Einige Aspekte möchte ich zum Abschluss noch einmal hervorheben:

Ein ganz wichtiger Ansatzpunkt, der bereits heute Morgen, aber auch in mehreren Workshops zur Sprache gekommen ist, ist die Quartiersentwicklung. Die Bedeutung des Quartiers wird künftig weiter zunehmen. Es besteht Einigkeit, dass wir das Quartier in vielen Bereichen stärker in den Blick nehmen müssen. Hier bestehen auch eine Reihe von Handlungsmöglichkeiten, die die Lebensqualität beeinflussen und Hamburg attraktiv sein lassen - für alle Lebensalter. So ist viel diskutiert worden über die Verbindung von Wohnen und organisierten Hilfsangeboten, sei es für ältere Menschen, die auf diese Weise die

Möglichkeit haben, in ihren vier Wänden zu bleiben, sei es aber auch für jüngere Menschen, die vor der Aufgabe stehen, Berufs- und Privatleben zu vereinbaren.

Auch die Verbindung von Wohnen und Arbeit war ein wichtiges Thema. Hier bilden sich bereits Kontakte zwischen Wirtschafts- und Wohnungsunternehmen. Wir brauchen in der weiter wachsenden Stadt ein kluges Flächenmanagement, das attraktives Wohnen und attraktive Arbeitsplätze gleichermaßen ermöglicht. Beides schließt sich nicht aus, sondern ganz im Gegenteil – in der Stadt der Zukunft ist die Verbindung vielleicht sogar ein wesentliches Kriterium der Attraktivität. Fest steht jedenfalls, dass Hamburg sein in den letzten Jahren begonnenes Wohnungsbauprogramm fortführen muss.

Eine wichtige Anregung war aus meiner Sicht, zum Thema „Arbeitswelt“ einen eigenen Themenblock im fortgeschriebenen Demografie-Konzept zu machen.

Deutlich wurde auch, dass unser heutiges Medizinsystem nicht ausreichend auf die Herausforderungen durch den demografischen Wandel, insbesondere auf die Zunahme der Zahl multimorbider Menschen eingestellt ist. Hier müssen wir weiter an einer Veränderung der Strukturen und Prozesse arbeiten und darauf hinwirken, dass die bestehenden Institutionen sich verändern.

Als wichtiger Impuls ist uns auch mit auf den Weg gegeben worden, die Fragen der demografischen Veränderung noch stärker als im Konzept bereits geschehen auf der Ebene der Metropolregion zu betrachten und zu planen.

Im Bereich der Wirtschaft steht die Deckung des Fachkräftebedarfs im Vordergrund. Eine Botschaft aus dem Workshop war, dass der Engpass aus Sicht der Unternehmen stärker bei den beruflich Qualifizierten als bei den Akademikern liegt. Da trifft es sich gut, dass auch über die Stärkung der beruflichen Bildung in Hamburg engagiert diskutiert wurde.

Und möglicherweise kann sich Hamburg künftig sogar als Bildungsstandort für ältere Menschen profilieren. Aber nicht nur die Bevölkerungszusammensetzung verändert sich, sondern auch die digitale Technik; Medienkompetenz wird eine zentrale Rolle beim lebenslangen Lernen der Zukunft spielen.

Meine Damen und Herren,

wie geht es nun weiter? Die heutige Diskussion war ein Auftakt. Wir werden den Dialog über die demografisch bedingten Herausforderungen und Chancen für Hamburg sowie über daraus ableitbare Handlungsbedarfe fortsetzen.

Denn eines ist ebenfalls heute deutlich geworden: Den demografischen Wandel bewältigen wir nur gemeinsam. Es handelt sich nicht nur um eine ressortübergreifende Aufgabe, sondern auch um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe: Alle Akteure aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sitzen mit im Boot.

Es geht um ein Hamburg, in dem wir gut alt werden können und in dem gleichzeitig unsere Kinder und Enkel passende Voraussetzungen vorfinden, ihr Leben zu gestalten. Dies setzt voraus, dass wir gemeinsame Strategien verfolgen und gemeinsam anpacken – und uns natürlich auch immer wieder fragen, ob wir die richtige Richtung eingeschlagen haben.

Demografische Entwicklungen ändern sich. So hat beispielsweise die Zuwanderung in den letzten Jahren die demografischen Prognosen übertroffen. Wir werden das Demografie-Konzept daher regelmäßig fortschreiben und an neuere Erkenntnisse anpassen. Dies betrifft

zum einen die Datenlage und zum anderen die Ergebnisse aus unseren Gesprächen über gesellschaftliche Trends und daraus abzuleitende strategische Handlungsansätze:

Wie Sie alle wissen basieren die vorliegenden Prognosen auf der Volkszählung von 1987. Diese Daten sind veraltet. Im nächsten Jahr wird es eine neue Bevölkerungsvorausberechnung auf der Grundlage des Zensus 2011 geben.

Wir werden also die im Demografie-Konzept dargestellten Trends auch im Lichte der Ergebnisse dieses Zensus betrachten müssen. Allerdings zeichnet sich bereits nach den ersten Fortschreibungen ab, dass die Grundannahmen des Konzeptes: „Mehr. Äter. Vielfältiger.“ davon kaum berührt sein dürften.

Über das Ergebnis dieser Evaluation werden wir 2015 einen Bericht erstellen. Dieser wird auch die Ergebnisse der heutigen Veranstaltung berücksichtigen und gegebenenfalls strategische Anpassungsbedarfe aufgreifen.

Parallel hierzu werden wir ein gemeinsames, ressortübergreifendes Demografie-Monitoring aufbauen, das begleitend zu der Umsetzung der verschiedenen Ressortstrategien weitergeführt wird. Hier gilt es, gemeinsam geeignete Indikatoren zu definieren, die Aufschluss darüber geben, wie die demografische Entwicklung in Hamburg voranschreitet.

Das Demografie-Monitoring soll in einem dreijährigen Rhythmus – beginnend ab 2018 – gemeinsam mit allen Ressorts durchgeführt werden. Wir werden also alle drei Jahre überprüfen, wie Hamburg sich demografisch weiterentwickelt, welche neuen Prognosen es gibt, wo wir in der Umsetzung unserer strategischen Ansätze stehen und ob diese Ansätze eventuell angesichts neuerer gesellschaftlicher Trends und technischer Möglichkeiten nachjustiert werden sollten.

Über diese Themen werden wir mit Ihnen im Dialog bleiben und Ihre Impulse im Rahmen der Monitoring-Berichte aufgreifen.

Den Dialog mit Ihnen auf der Fachebene werden wir in den verschiedensten Gremien führen, wie beispielsweise im Bündnis für Wohnen und im Landespflegeausschuss. Der demografische Wandel ist aber nicht nur ein Thema für die Fachwelt. Er betrifft uns zuallererst auch als Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt.

Daher ist es uns wichtig, allen Hamburgerinnen und Hamburgern die Möglichkeit zu geben, sich in den demografischen Dialog mit ihren Vorstellungen und Ideen für ein generationenfreundliches Hamburg 2030 einzubringen. Hierzu werden wir ein Diskussionsforum in Internet eröffnen. Die Ergebnisse werden ebenfalls in den Monitoring-Berichten berücksichtigt werden.

Meine Damen und Herren,

bei der Bewältigung des demografischen Wandels steht Hamburg nicht nur gut da, sondern wir stehen auch nicht alleine.

Hamburg gehört zu den 23 europäischen Städten, die über eine Million Einwohnerinnen und Einwohner haben und denen als Wirtschaftsmotor, als Dienstleistungszentrum, als Ort der Vernetzung, des Wissens, der Kreativität und Innovation eine Schlüsselrolle im demografischen Wandel zukommt.

Wir haben es heute gehört: Die Menschen zieht es wieder in die Städte. Während die Bevölkerungszahlen in vielen eher ländlich geprägten Regionen zurückgehen, herrscht in Städten eher Wohnungsknappheit.

Viele Städte wachsen, sehen sich aber je nach Bevölkerungsstruktur mit verschiedenen Herausforderungen konfrontiert wie die Alterung der Bevölkerung und eine wachsende soziale und wirtschaftliche Polarisierung.

Daher suchen wir den Austausch mit anderen Städten und Metropolregionen ähnlicher demografischer Prägung, um deren Lösungsansätze im Umgang mit dem demografischen Wandel kennenzulernen.

So beteiligen wir uns an der europäischen Innovationspartnerschaft für ein gesundes und aktives Altern, deren Ziel es ist, die durchschnittliche Zahl der gesunden Lebensjahre in Europa bis 2020 um zwei Jahre zu erhöhen.

Zum Ende der heutigen Auftaktveranstaltung danke ich allen Referentinnen und Referenten sehr herzlich für die zahlreichen Impulse und Visionen für unser Hamburg 2030. Sie haben uns in unseren strategischen Ansätzen bestärkt und noch einmal deutlich gemacht, wo die Chancen für unsere Stadt liegen. Für eine auch künftig lebenswerte Stadt, die wirtschaftliche Stärke mit sozialem Miteinander erfolgreich verbindet.

Allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern danke ich für die rege Diskussion und für die vielen weiterführenden Denkanstöße.

Eine Zusammenstellung der Impulsreferate und der Diskussionen in den Workshops werden Sie in der Tagungs-Dokumentation nachlesen können, die wir Ihnen zusenden werden.

Mein besonderer Dank gilt der Körber-Stiftung für ihre Gastfreundschaft und insbesondere Frau Haist, die uns kompetent und souverän durch die heutige Veranstaltung geführt hat.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



	<p>Erster Bürgermeister Olaf Scholz ist seit 2011 Präsident des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg.</p>
	<p>Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks ist seit 2011 Präses der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz der Freien und Hansestadt Hamburg.</p>
	<p>Staatsrätin Elke Badde ist seit 2011 Staatsrätin der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz der Freien und Hansestadt Hamburg.</p>
	<p>Dr. Reiner Klingholz ist Molekularbiologe und Chemiker. Seit 2009 ist er im Vorstand des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung.</p>
	<p>Prof. Dr. Dr. Uwe Koch-Gromus ist Humanmediziner und Psychologe. Seit 2007 ist er Dekan der Medizinischen Fakultät des Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf.</p>

	<p>Dr. med. Matthias Gruhl ist Allgemeinmediziner und Facharzt für das Öffentliche Gesundheitswesen. Seit 2012 ist er Leiter des Amtes für Gesundheit der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz.</p>
	<p>Karin Haist ist Empirische Kulturwissenschaftlerin. Seit 2006 ist sie Leiterin des Bereichs Gesellschaft bei der Körber-Stiftung.</p>
	<p>Katja Karger ist Industriekauffrau und hält einen Magister der Kulturwissenschaften. Seit 2013 ist sie Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Hamburg.</p>
	<p>Frau Dr. Leena Pundt ist Wirtschaftspsychologin. Von 2011 bis 2014 war sie Diversity Managerin der Otto Group. Ab Februar 2015 ist sie Professorin für Personalmanagement an der Hochschule Bremen.</p>
	<p>Prof. Dr. Alkis Henri Otto ist Volkswirt. Seit 2006 arbeitet er als Senior Economist am Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) und seit 2010 ist er Professor an der Hamburg School of Business Administration (HSBA).</p>



Dr. Dirk Süß ist Volkswirt. Seit 2012 ist er Geschäftsführer für den Bereich Börse und Wirtschaftspolitik bei der Handelskammer Hamburg.



Prof. Dipl.-Ing. Jörn Walter ist studierter Raumplaner. Seit 1999 ist er Oberbaudirektor der Freien und Hansestadt Hamburg.



Willi Hoppenstedt ist Volkswirt. Er ist stellvertretender Vorsitzender der SAGA / GWG.



Thomas Schröder-Kamprad ist Sozialpädagoge und Jurist. Seit 2009 ist er Leiter des Amtes für Weiterbildung der Behörde für Schule und Berufsbildung.



Dr. Uwe Heinrichs ist Gymnasiallehrer für Mathematik. Seit 2011 ist er Leiter der Abteilung Gestaltung der Schul- und Unterrichtsentwicklung der Behörde für Schule und Berufsbildung.

Name	Vorname	Organisation
Abu Toboul	Fathi	Integrationsbeirat Hamburg
Bagger	Michaela	Agentur für Arbeit Hamburg
Beck	Martin	Kreis Stormarn
Blum	Karsten	Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Behnsen	Martin	Senatskanzlei
Böttcher-Völker	Dr. Silke	Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Braasch-Eggert	Angela	Bezirksamt Bergedorf
Buchholz	Imogen	Bezirksamt Altona
Cappell	Eckhard	Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Chudziak	Gisela	Behörde für Justiz und Gleichstellung
Chychla	Siegmond	Mieterverein zu Hamburg
Clasen	Uwe	bpa Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V. Landesgeschäftsstelle Hamburg
Curth	Dr. Klaus-D.	I.K.R.U.S e.V.
Dahrendorf	Katharina	Personalamt der Freien und Hansestadt Hamburg
Dapp	Dr. Ulrike	Albertinen Haus
Deneke	Christiane	Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg
Dengler	Dr. Dorothee	Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Dittmer	Dr. Lothar	Körper-Stiftung
Dose	Doris	Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Dubinsky	Hartmut	Sozialverband VdK Hamburg Landesverband
Duge	Olaf	Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft
Foth	Rolf-Barnim	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Gauler	Katrin	Hamburger Sportbund
Gephardt	Birgit	Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft HiiG
Grabenkamp	Thomas	ASG Vorstand SPD Hamburg
Gruhl	Dr. Matthias	Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Güclü	Nebahat	Der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband Hamburg e.V.
Gündüz	Simone	ASG Vorstand SPD Hamburg
Günther	Jonas	Statistikamt Nord
Haist	Karin	Körper-Stiftung
Heinrichs	Dr. Uwe	Behörde für Schule und Berufsbildung
Herbers	Rudolf	AG SPD 60plus Hamburg
Herbst	Kathrin	vdek Landesvertretung Hamburg
Heuss	Sweelin	Ev. Stiftung Alsterdorf
Hilken	Hans-Lüder	Bezirks-Seniorenbeirat Hamburg-Nord
Hillebrand	Claudia	Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration
Hoppenstedt	Willi	SAGA / GWG
Hörmann	Dr. Günter	Verbraucherzentrale Hamburg
Illing	Frau	Bezirks-Seniorenbeirat Altona
Jacobsen	Wienke	Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Janssen	Renate	Deputierte
Jost	Claus-Dieter	Fachgruppe Demografischer Wandel Landes-Seniorenbeirat Hamburg
Kallenbach	Christiane	Hamburger Pflegerat
Karger	Katja	DGB Hamburg

Name	Vorname	Organisation
Kellerhof	Marco	Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Kilian	Dagmar	ARGE Hamburg-Randkreis
Kind	Sandra	Kreis Segeberg
Kleinhans	Elisabeth	Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Klingholz	Dr. Reiner	Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung
Koch-Gromus	Prof. Dr. Uwe	Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf
König	Michael	Bezirksamt Eimsbüttel
Köster	Dr. Claudia	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kurtuldu	Demir Ali	Türkische Gemeinde in Hamburg und Umgebung e.V.
Liedtke	Frank	Barmer GEK Hamburg Landesgeschäftsstelle
Lindenberg	Sabine	Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Lüttke	Hansjörg	KWB Koordinierungsstelle
Manikowsky	Sabine	Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Mecklenburg	Marlis	Bezirksamt Harburg
Mergenthaler	Petra	Handwerkskammer
Mollenhauer	Julia	Kreis Herzogtum Lauenburg
Neumann	Lilli	Albertinen Haus
Nische	Yvonne	Bezirksamt Hamburg-Nord
Obst	Thorsten	Landkreis Ludwigslust-Parchim
Otto	Prof. Dr. Alkis Henri	Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut
Schröder	Parvin	Fachgruppe Landes-Seniorenbeirat Hamburg
Peifer	Ulrike	Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Petersen	Ulrike	Stattbau Hamburg GmbH
Petersen-Ewert	Prof. Dr. Corinna	Hamburgische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung e.V.
Pistorius	Michael	Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen e.V.
Pfitzmann	Thomas	Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Polis	Renate	Arbeiterwohlfahrt Landesverband Hamburg e.V.
Pourkian	Hourvash	Kulturbrücke Hamburg e. V.
Preuhs	Ursula	Bezirks-Seniorenbeirat Hamburg Nord
Pundt	Dr. Leena	Otto Group
Psyk	Betina	Körper-Stiftung
Reinberg	Holger	Bezirksamt Harburg
Rennwald	Uwe	Regionalpark Rosengarten
Rieger-Ndakorerwa	Dr. Gudrun	Bezirksamt Eimsbüttel
Sabisch-Schellhas	Susanne	ddn Regionalnetz Hamburg KWB Koordinierungsstelle
Schäfer	Klaus	Hausärzteverband Hamburg
Schäfer	Dr. Martin	Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft Stell. Fraktionsvorsitzende der SPD
Schira	Frank	Erster Vizepräsident der Hamburgischen Bürgerschaft
Schneider-Koch	Sonja	Diakonisches Werk Hamburg
Schömig-Kilger	Waltraut	Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Schöнал	Anna	Logistik Initiative Hamburg
Schröder	Nico	Bezirksamt Hamburg-Nord

Name	Vorname	Organisation
Schröder	Parvin	Fachgruppe Demografischer Wandel Landes-Seniorenbeirat Hamburg
Schröder-Kamprad	Thomas	Behörde für Schule und Berufsbildung
Schuhr	Egbert	DAK Gesundheit
Schulz-Torge	Karin	Landes-Seniorenbeirat Hamburg
Seiler	Dr. Hans-Werner	Behörde für Wirtschaft und Forschung
Sielaff	Martin	Hamburgische Pflegegesellschaft e.V.
Smuda	Dennis	Kreis Dittmarschen
Sötebier	Helmut	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Studt	Michael	Bücherhallen Hamburg
Süß	Dr. Dirck	Handelskammer Hamburg
Timmann	Jasmin	Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Timmermann	Karin	Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft SPD Fraktion
Tipmonta	Heike	Hamburg Marketing GmbH
Valentien	Antje	AG SPD 60plus Hamburg
Veyhl	Lisa	Körper-Stiftung
von Renteln-Kruse	Prof. Dr. Wolfgang	Albertinen Haus
Wege	Dr. Joachim	Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen e.V.
Weldemann	Inge-Maria	Bezirks-Seniorenbeirat Wandsbek
Welter	Franziska	Otto Group
Weßling	Anna-Elisabeth	Deputierte
Wienberg	Christian	Seniorenbüro Hamburg e.V.
Wieking	Jörg	Alzheimer Gesellschaft Hamburg e.V.
Winkel	Helgard	AG SPD 60plus Hamburg
Winkler	Dipl.-Geogr. Matthias	Hamburger Verkehrsverbund GmbH
Wowretzko	Sylvia	Mitglied der Hamburger Bürgerschaft SPD Fraktion
Wulff	Dr. Birgit	Landes-Seniorenbeirat Hamburg
Youssef	Jasmin	Lange Aktiv Bleiben, Landesverband Hamburg e.V.
Zoroofchi	Laya	Behörde für Schule und Berufsbildung

Herausgeber:

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Billstraße 80, 22359 Hamburg
Internet: www.hamburg.de/bgv

Titelfotos:

fotolia.com: v.l.n.r.: © bob, Rawpixel, Marco281, Ana Blazic Pavlovic, kunertus, goodluz

Veranstaltungsfotos:

Frederika Hoffmann

Dezember 2014

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung oder in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

